Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postscheckkonto: Dresden. — Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M. Familienanzeigen 1,50 M., die 4gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 118 — Dresden, Dienstag den 24. Mai 1921 — 32. Jahrg.

Keine Unvorsichtigkeiten!

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Note der französischen Regierung vom 19. Mai über Oberschlesien und die deutsche Antwort vom 23. Mai gehen in den Meinungen vielfach auseinander, leider aber stimmen sie in einem Punkte vollkommen überein, nämlich darin, daß die oberschlesische Frage „für den allgemeinen Frieden besonders gefährlich ist".

Es ist notwendig, die Dinge dort so objektiv wie nur möglich zu sehen. Wenn die französische Note von deutschen Verbänden spricht, die in Oberschlesien bereits im Kampfe stehen, so läßt sich die Richtigkeit dieser Behauptung nicht von vornherein völlig abstreiten. Es spricht vielmehr eine starke Wahrscheinlichkeit dafür, daß Mannschaften der in der französischen Note genannten Freikorps einzeln und unbewaffnet über die Grenze gegangen sind und sich dann drüben formiert haben, um den Selbstschutz der eingesessenen Bevölkerung zu unterstützen. Zugleich haben sich die deutschen Selbstschutzorganisationen, die bisher ganz oder teilweise der Abstimmungspolizei angegliedert waren, zu einer selbständigen Organisation zusammengeschlossen und einen hohen Offizier des alten Heeres, Generalleutnant Hoefer, einen geborenen Oberschlesier, zu ihrem Führer gewählt. Zum dritten wird bestätigt, daß englische Truppen, vier Bataillone, im Anmarsch begriffen sind.

Danach gibt es jetzt in Polen eine Unsumme bewaffneter Organisationen, deren Verhältnis zueinander ziemlich ungeklärt ist. Auf der einen Seite stehen die polnischen Insurgenten in ihren intimen Beziehungen zur polnischen Armee. Auf der andern Seite steht der deutsche Selbstschutz und stehen die hinübergeschmuggelten Freikorps, von denen man noch nicht weiß, ob sie sich dem Kommando Hoefers unterstellt haben. Zwischen den beiden Heerlagern stehen die vorhandenen oder im Anmarsch begriffenen Truppen der Alliierten, aber nicht als eine Einheit, sondern in ihrer Haltung sehr stark voneinander unterschieden. Die Franzosen stehen ziemlich offen zu den polnischen Insurgenten, die Engländer und Italiener stehen gegen sie, was sachlich eine Annäherung an die Deutschen bedeutet. Nach Zeitungsmeldungen, die zunächst unkontrollierbar sind, sollen sich die deutschen Organisationen mitsamt dem General Hoefer unter englischen Befehl gestellt haben, was auf alle Fälle von ihrem Standpunkt aus ein geschickter politischer Schachzug wäre.

Die französische Presse sieht die Dinge natürlich mit ganz andern Augen. Für sie ist die selbständige Organisierung des deutschen Selbstschutzes ohne weiteres eine Auflehnung gegen die Autorität der interalliierten Kommission. Für sie stehen die deutschen Freischärler und Selbstschutzangehörigen nicht nur auf einer Stufe mit den polnischen Insurgenten, sondern noch unter diesen. Frankreich will, daß sich die Spitze der weiteren Aktion um Oberschlesien gegen die deutsche Bevölkerung und gegen ganz Deutschland drehen soll.

Es ist klar, daß unter solchen Umständen jedes rein militärische, ausschließlich von militärischen Gesinnungen und Gesichtspunkten geleitete deutsche Unternehmen eine schwere Gefahr bedeuten würde. Grad und Richtung der militärischen Aktion müssen durch ein klares Urteil über die internationale Gesamtlage bestimmt sein. Sonst kann es leicht geschehen, daß Deutschland schließlich von England im Stich gelassen, in einen Hinterhalt hineingelockt wird.

Es ist jedenfalls korrekt und klug, daß die deutsche Regierung das ihre getan hat, um die weitere Bildung von Freikorps und ihren Uebertritt über die Grenze zu verhindern. Auf das, was hinter den herabgefallenen Schlagbäumen passiert, hat sie keinen Einfluß. Wir nehmen an, daß sie auch der Wahl eines Generals der alten Armee zum Führer des deutschen Selbstschutzes vollkommen fern steht, die vielleicht für das internationale Urteil eine starke Belastungsprobe bedeutet, obwohl sich Hoefer in seinem Aufruf noch leidlich vernünftig ausgesprochen hat. Sie ist aber auch nicht in der Lage, solange nicht eine ganz entscheidende Wendung der internationalen Verhältnisse eingetreten ist, den in Oberschlesien kämpfenden Deutschen militärische Hilfe zu gewähren. Nun muß man mit der Möglichkeit rechnen, daß das Vorgehen der Deutschen für Polen zum Signal wird, mit seinen regulären Truppen in Oberschlesien einzurücken. Das gäbe dann die gefährlichste Lage, die man sich denken kann, da das deutsche Volk kaum imstande sein würde, der Abschlachtung seiner Landsleute in Oberschlesien durch eine überlegene Macht untätig zuzusehen. Ein offizielles Eingreifen Deutschlands in Oberschlesien wird aber hinwiederum von Frankreich als Kriegsfall betrachtet. Und was würde dann England tun?

In der Humanité war dieser Tage eine Karikatur zu sehen. Frankreich-Marianne in einen Klubsessel fassungslos hingesunken. Vor ihr der Geist Napoleons, der zu ihr spricht: „Wenn du dich schon noch einmal schlagen willst, dann schlage dich doch mit England, das macht mehr Spaß!" Dazu wird es wohl nicht kommen; mit solchen Möglichkeiten kann man nicht rechnen, und man darf sie auch nicht wünschen. Da sie aber in England ganz gewiß auch nicht gewünscht werden, ist die Stellung Deutschlands in Oberschlesien nicht so stark, daß es sich zu Unvorsichtigkeiten hinreißen lassen dürfte.

Oberschlesien ist heute eine Gefahr für den allgemeinen Frieden, dieser Tatsache muß man fest ins Gesicht sehen. Gerade darum darf die deutsche Regierung nicht erlahmen in dem Bestreben, eine Lösung zu finden, die der Gerechtigkeit entspricht und den allgemeinen Frieden erhält.

Das neue Baltikum

Die Orgesch-Gefahr

Das Treiben der Orgeschleute, die angeworben nach Oberschlesien eilen, hat sehr bedenkliche Formen angenommen. Wenn die Herrschaften wenigstens nur selbst ihre Haut zu Markte trügen! Aber es werden, wie aus den Aussagen von Rückläufern, die auf den hiesigen Bahnhöfen vernommen wurden, hervorgeht, einfach Leute durch allerhand Versprechungen zur Fahrt nach Oberschlesien verleitet, die gar nicht recht wissen, um was es sich handelt. Die Versprechungen, die gemacht worden sind, werden meist nicht gehalten. Für Verpflegung und Bewaffnung der in Oberschlesien Angelangten ist nicht gesorgt. Wir geben von den uns übermittelten Aussagen der hier vernommenen Rückläufer folgendes wieder:

Am Sonnabend passierten 20 Mann Rückläufer, d. h. angeworbene Freiwillige, die aus Oberschlesien zurückkamen, weil sie nicht mehr mitmachen wollten, den Bahnhof. Sie sind angehalten worden. Einer von ihnen, ein Münchner erwerbsloser Holzarbeiter, erzählte, er sei, bevor er sich anwerben ließ, auf das Bureau des Holzarbeiterverbandes gegangen. Der Vorsitzende habe ihm zugeredet, sich von der Orgesch anwerben zu lassen, da werde er dann mehr haben als 8 M. Ein anderer wurde in Halle angeworben. Ihr Transportführer war ein Leutnant in Friedensuniform. Die Namen der Offiziere und Feldwebel erfahren die Leute nicht. Versprochen wurde eine einmalige Zahlung von 250 M. und außerdem 30 M. pro Tag. Bekommen haben sie jedoch nichts. In Neustadt (Schlesien) seien sie formiert worden. Eingekleidet wurden sie nicht. Sie sind Studenten unterstellt worden und sollten an die Front gehen. Die Hälfte weigerte sich, zu gehen. Verpflegung bekamen sie keine. Wenn sie Hunger haben, sollten sie sich das Nötige selbst von den Bauern holen. Das haben sie auch getan und einen Bauernhof geplündert. Die polnischen Gefangenen wurden erschossen, da es angeblich den Deutschen bei den Polen genau so ergehe. Der Betreffende erzählte, er habe sechs erschossene Polen gesehen, wovon er einen selbst erschossen habe. Was die Bewaffnung anbelangt, seien nur die Studenten gut ausgerüstet. An Patronen fehle es nicht, jedoch sei großer Mangel an Gewehren. Die Oberschlesier selbst hätten sie ausgelacht.

Am Montag passierten auch wieder 20 aus Oberschlesien Zurückkehrende den Bahnhof. Sie sagten folgendes aus:

Wir sind in München bei der Geschäftsstelle heimattreuer Oberschlesier, Knöbelstraße 8, mit dem Versprechen, 30 M. täglichen Lohn und sofortige Abfindung bei Ankunft in Neustadt (Schlesien) in der Höhe der bis dahin entstehenden Auslagen, angeworben worden. Wir mußten uns in Trupps so klein wie möglich, damit es der Interalliierten Kommission nicht auffallen sollte, am 18., abends 6¼ Uhr auf dem Hauptbahnhof München auf dem Perron einfinden, woselbst ungefähr 150 Mann anwesend waren. In Neustadt (Schlesien) wurden wir, ohne Breslau zu berühren, ausgeladen und entsprechend unserer früheren Waffengattung formiert. Es herrschte auffälliger Mangel an Waffen. Die Studenten waren gut ausgerüstet. Dies war dadurch der Fall, da dieselben ihre Gewehre von der Einwohnerwehr in den ersten Kisten eingenäht in Leinewand, beim Transport von München nach Oberschlesien gleich mitführten. Geld bekamen sie nicht, Verpflegung mangelhaft, sodaß ein großer Teil der Aufforderung, sich freiwillig zum sofortigen Vorgehen zu erklären, nicht nachkam. Dabei kommt es so weit, daß Leute, die im Verdacht stehen, anders aufzuziehen (?), beim Appell vortreten mußten, und nachdem die anderen weggetreten sind, von der akademischen Jugend mit Erschießen bedroht werden. Einzelne davon wurden im Keller eingesperrt. Nachdem die anderen dagegen Protest einlegten, wurden sie abgeschoben.

Weiter sagten sie aus, daß bei den Bauern Pferde und dergleichen requiriert werden und den Besitzern scheinbare Zettel mit falschem Namen ausgestellt werden. Stempel gibt es keine und so sollen schon verschiedene Bauern selbst damit gedroht haben, die vorhandenen Minenwerfer sich anzueignen, um sie der Interalliierten Kommission auszuhändigen, damit sie durch die ausgesetzten Prämien sich entschädigen können.

Auch in Dresden machen sich die Werber der Orgesch schon breit. Uns wird folgende Nachricht übermittelt:

Dresden, im Mai 1921.

W. L.

Wir teilen Ihnen hierdurch mit, daß Sie zwecks Einstellung in die Abo nochmals eine schriftliche Meldung einreichen müssen und zwar nach der Interalliierten Kommission, Meldestelle für Abstimmungspolizei Gymnasium Oppeln O.-Schl. Polizeiliches Führungszeugnis ist beizufügen. An täglicher Löhnung erhalten Sie, sobald Sie die oberschlesische Grenze passiert haben, 50 M., abzüglich eines Teils für Verpflegung. Sie wollen die Meldung sofort einreichen, da die Sache sehr eilt.

Mit treudeutschem Gruß

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier, Dresden, Ferdinandstraße 17, I., Tel. 15487.

Vor allem wird bei den Erwerbslosen Propaganda gemacht. Es ist Leuten, die sich auftragsgemäß dazu gemeldet haben, folgender Ausweis ausgestellt worden:

Dringend! Dresden, am 21. Mai 1921.

Zwecks Einstellung in die Abo werden Sie ersucht, sich am Sonntag, 22. Mai, 1921, 11 Uhr vormittags, im Restaurant Kronprinz Rudolf, Scheffelgasse, einzufinden.

Verein heimattreuer Oberschlesier, Pocnitsch (?), Ferdinandstr. 17.

Wie wir nun weiter erfahren, sollen derartige Transporte am 23. Mai, abends 8 Uhr, vom Dresden Hauptbahnhof abgehen, und Arnsdorf angeblich Sammelplatz für Sachsen sein.

•

Vom Hauptbetriebsrat bei der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden wird uns noch folgendes mitgeteilt: In der Dresdner Werkzentrale sind ebenfalls heimattreue Oberschlesier (Orgesch) angeworben worden. Der Abtransport erfolgte gestern nachmittags 5.28 Uhr und 5.56 Uhr nach Arnsdorf, woselbst die Sammelstelle war. Es wurde festgestellt, daß Transportführer von Arnsdorf anwesend waren, um den Transport von dort weiterzuleiten. Inzwischen wurde durch Polizeikommissare eingeschritten und nach einigen Auseinandersetzungen der Transport aufgelöst. Es hat sich herausgestellt, daß die Leute unter lügenhafter Versprechung angeworben worden sind. Als Aufklärung erfolgte, war der größte Teil froh, wieder nach Hause fahren zu können.

Dienstag früh 7.40 Uhr kam mit dem Zug D 101 München—Breslau wieder ein Transport an. Es waren ungefähr 60 Mann, die vom Hauptbetriebsrat und von den Polizeiorganen kontrolliert wurden. Es stellte sich heraus, daß die Reise auf Blankoscheine vor sich ging, also ein geschlossener Transport in Frage kam. Nach eingehender Kontrolle wurden auffällige Kisten bemerkt (Munition), auch waren Gewehre in Leinwandsäcken verpackt. Die Kisten befanden sich aber nicht im Packwagen, sondern wurden im D-Zug-Wagen mitgeführt. Die Leute wurden aufgefordert, auszusteigen und sich ins Wartezimmer zu begeben. Der Transportführer weigerte sich anfangs, sagte sogar, daß er die Weiterfahrt mit Gewalt erzwingen wollte. Es wurde ihm geantwortet, daß ihm selbstverständlich Gewalt entgegengesetzt werde. Trotzdem fuhren zirka 10 Mann, die sich eine Fahrkarte bis Breslau lösten, mit dem Zuge weiter und machten, weil ihr Gepäck kontrolliert wurde, ihrem Herzen durch Schimpfworte, wie z. B. „ihr Bauernlandsverräter", „verrecken müßt ihr" usw., Luft. Es wurde auch gedroht, daß man in sämtlichen deutschen Zeitungen davon berichten will, was in Dresden vor sich geht. Ueber die zurückgehaltenen Leute verfügt die hiesige Sicherheitspolizei.

Bekanntlich hat die sächsische Regierung einen Erlaß herausgegeben, daß geschlossene Formationen nicht zu transportieren sind. Dies wird aber durchkreuzt, indem Einzelfahrkarten gelöst werden. Dadurch ist es den Transportführern möglich, ihre Freischärler an Ort und Stelle zu bringen, sowie ist ihre Werbung durch den Regierungsbeschluß nicht unterbunden. Es ist Aufgabe der Regierung, zu dieser veränderten Sachlage erneut Stellung zu nehmen.

Frankreich droht

Paris, 24. Mai. Intransigeant schreibt unter Hinweis auf die vorliegenden Nachrichten über Oberschlesien, man erkläre in der Umgebung des Ministerpräsidenten, daß er vollkommen entschlossen sei, energisch vorzugehen. Wenn festgestellt werde, daß aus Deutschland bewaffnete Abteilungen kämen, die sich aus deutschen Soldaten oder ehemaligen deutschen Soldaten zusammensetzen, so sei vorauszusehen, daß Briand vom Ministerrat verlangen werde, sehr wichtige Entscheidungen zu treffen. Man sehe voraus, daß es sich um die Besetzung des Ruhrgebiets handle, jedoch habe der Ministerpräsident Auskunft von den französischen Vertretern in Oberschlesien, in Berlin und in Breslau verlangt. Er wolle auch die Berichte kennen lernen, die die englischen und italienischen Vertreter an Ort und Stelle gegeben hätten. An hoher Stelle, sagt Intransigeant, spricht man davon, daß die Woche nicht vergehen werde, ohne daß außerordentlich wichtige Entscheidungen getroffen werden.

Paris, 24. Mai. Havas meldet, daß die französische Regierung im Verlaufe des gestrigen Tages durch Vermittlung des französischen Botschafters dem Foreign office zwei Noten überreicht habe. In der einen ersucht sie darum, daß der britische Botschafter in Berlin die von dem französischen Botschafter bereits unternommenen Schritte unterstütze, um von der deutschen Regierung die Zusicherung zu erhalten, daß sie nicht nur die Sperrung der deutschen Grenze nach Oberschlesien sicherstelle, sondern auch für die Versorgung dieses Gebietes und die Absendung der Gelder zur Löhnung der Arbeiterschaft sorge. Die andere Note erklärt, daß der deutsche Eingriff in Oberschlesien nicht sowohl von den in Oberschlesien lebenden Deutschen herrühre, als vielmehr von wohlorganisierten Freikorps, die in das Gebiet vorgedrungen seien.

Paris, 24. Mai. Laut Journal werden in der heutigen Kammersitzung zwei Interpellationen über die Lage in Oberschlesien eingebracht werden, die eine von der sozialistischen Kammerfraktion, die andere vom nationalen Block. Die Abgeordneten Galli und Benazet hatten die Absicht ausgesprochen, die Regierung aufzufordern, unverzüglich die angekündigten Sanktionen in Anwendung zu bringen, wenn die Deutschen die Ordnung — Journal schreibt wörtlich — in Polen stören würden.

Eigene Drahtmeldung

Paris, 24. Mai. Ministerpräsident Briand hat im auswärtigen Amt eine Besprechung mit dem deutschen Botschafter Dr. Mayer gehabt, in der, wie Havas erfährt, Briand Dr. Mayer ersucht haben soll, die deutsche Regierung aufzufordern, auf jeden Versuch eines Eingreifens in Oberschlesien zu verzichten, wenn sie sich nicht Vergeltungsmaßnahmen von seiten der Alliierten aussetzen will. Nach der Unterredung überreichte er ihm eine Note, die als schriftliche Ausfertigung seiner Mitteilungen anzusehen ist. Die Besetzung des Ruhrreviers soll unter den Vergeltungsmaßnahmen nicht erwähnt sein.

Infolge der Ereignisse in Oberschlesien wird der heutigen Kammersitzung, in der Abgeordneter Galli den Antrag zur sofortigen Besetzung des Ruhrgebietes stellen soll, mit außerordentlichem Interesse entgegengesehen. Briand wird die Sitzung mit einer großen Erklärung eröffnen. Im Laufe des heutigen Vormittags fand unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik im Elysée ein außerordentlicher Ministerrat statt. Es sollen weittragende Beschlüsse gefaßt worden sein, die Briand am Nachmittag der Kammer zur Kenntnis bringen soll.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210524/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Keine Liquidation des Polenaufstandes

Warschau, 24. Mai. Die Agencja ... meldet aus Beuthen: Die deutschen Zeitungen melden, daß **Korfanty und die übrigen Führer des Aufstandes beschlossen haben, die Aufstandsbewegung zu liquidieren.** Es muß nachdrücklich festgestellt werden, daß diese Meldung unwahr ist. Die Aufstandsleitung ist jetzt, nachdem sie ihr militärisches Ziel erreicht hat, nämlich die Besetzung des Gebietes, das **unzweifelhaft** von einer polnischen Mehrheit bewohnt ist, dazu übergegangen, die innere Zivilverwaltung in diesem Gebiet auszubauen. Wenn auch die Aufständischen nicht mehr angreifen werden, um ihren Besitzstand zu vergrößern, werden sie doch nicht die Waffen niederlegen, bis die Grenze in Oberschlesien festgelegt und bis in Oberschlesien reguläre polnische Truppen eingerückt sind.

•

Kattowitz und Beuthen noch nicht in polnischen Händen

Oppeln, 23. Mai. **Auch** heute war es nicht möglich, telephonisch oder telegraphisch Nachrichten aus den von den Aufständischen besetzten Gebieten zu erhalten. An der Nordgrenze des Kreises Kreuzburg gegenüber ... und ... sind auf polnischem Gebiete starke polnische Truppenansammlungen beobachtet worden. Die heftigen Artilleriekämpfe im Kreise Rosenberg dauern an. **Auf seiten der Aufständischen griff** ... auf der Bahnlinie Kreuzburg–Grunhowie **fahrender Panzerzug in den Kampf ein.** Dort, wo die **Polen** bisher geschlossene Ortschaften räumen mußten, wurden die Dörfer von ihnen **geplündert.** In der Gegend von Landsberg und Alt-Rosenberg ist sämtliches **Vieh weggetrieben** worden, die Einwohner wurden mißhandelt. In Dupine und ... wurden deutschgesinnte Oberschlesier über die Grenze geschleppt. In Ratibor gelang es den Polen, ... sich eines ..., **Anscheinend des ... auf tschechisches Gebiet** abzudrängen. Die deutschen Verteidiger ... dem ... worden. Auf Grund von Nachrichten, die auf ... Wege von Beuthen nach Oppeln gelangt sind, kann ... werden, daß Kattowitz und Beuthen bis heute noch nicht in die Hände der Aufständischen gefallen sind. Die Lebensmittelnot ist bisher noch nicht behoben worden und hat besonders im Landkreis Beuthen erschreckende Formen angenommen.

•

Breslau, 24. Mai. Der deutsche Selbstschutz hat sich zum größten Teil unter der Führung von Alliierten bereit erklärt, Vorstöße der **Aufwehr zu unternehmen.** An der ... Front wurden unter den Gefangenen polnische Insurgenten aus ... festgestellt werden.

•

Die Schlesische Tagespost beschlagnahmt

Berlin, 24. Mai. Die gestrige Ausgabe der Schlesischen Tagespost ist beschlagnahmt worden, weil sie eine Meldung „Mehr Freiwillige für Oberschlesien" mit einem Kommentar veröffentlichte.

•

Eine gewerkschaftliche Untersuchungskommission

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem polnischen Aufstande in Oberschlesien befaßt. Es wurde beschlossen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine aus Jouhaux, Paris, **Williams**, London, und **Fimmen**, Amsterdam, bestehende Untersuchungskommission baldigst nach Oberschlesien entsenden werde, die an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern Feststellungen für eine unparteiische Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

•

Das oberschlesische Kohlenproblem

Warschau, 24. Mai. Im Wieczorny schreibt der auch für den Kurjer Poranny tätige oberschlesische Sonderberichterstatter Dr. **Adam** ...: In den Kreisen der Insurgenten beginnen die wirtschaftlichen Fragen Oberschlesiens ernste Besorgnisse zu erregen. In gewissen führenden Kreisen der **Aufständischen** bestand die Absicht, einen Teil der Kohlenvorräte zu verkaufen, um von dem so erhaltenen Geld die Insurgentenabteilung zu unterhalten und das wirtschaftliche Leben des Landes zu organisieren. In der Zivilverwaltung will man vorläufig die **Kohlen** nur besteuern. Es ist jedoch zu befürchten, daß inzwischen infolge der Anhäufung von unverkauften Kohlen die weitere Produktion wird eingestellt werden müssen, was unabsehbare innere Komplikationen nach sich ziehen könnte.

Wirth über die deutsche Reparationspolitik

Berlin, 23. Mai. In einer Unterredung mit einem Redakteur des B. T. erklärte der Reichskanzler Dr. **Wirth** über die Richtlinien der deutschen Politik u. a.: Alsbald nach der Bildung der Regierung sind die zuständigen Ressorts angewiesen worden, die Reparationsfrage nach geeigneten Gedanken zu bearbeiten und sie in Form von Gesetzentwürfen einem engen Ausschusse des Kabinetts und hiernach dem Kabinett selbst vorzulegen. Diese sachlichen Vorbereitungen sollen nicht auf eine Augenblickspolitik eingestellt sein. **Unsre Politik muß auf lange Sicht erteilt werden.** Deutschlands Befreiung kann nur durch Arbeitsleistung erfolgen. In dem Reparationswunsche des deutschen Volkes und in dem festen Willen, **dauernd mitzuarbeiten**, nicht nur für ein paar Wochen, kann erwartet werden, daß diejenigen Parteien, die sich an der Koalitionsregierung beteiligen und beteiligen wollen, ihre Mitarbeit auf Jahre einstellen müssen. Niemand soll ausgeschlossen sein, der auf sachlichem Boden am Wiederaufbauprogramm mitarbeiten will. Mit Parteien, die eben nur parteitaktisch manövrieren wollen, darf Deutschland nicht rechnen. Ich werde die Mitarbeit jener großen wirtschaftlichen Führer herzlich begrüßen, die in der Kriegszeit dem deutschen Volke durch ihre Organisationsarbeit das Ausharren im Weltkampfe ermöglicht hatten.

Auf die Frage, was ihn zum Jawort auf das Ultimatum bestimmt habe, antwortete der Reichskanzler: Wer in der Welt hätte bei Ablehnung **des Ultimatums an Deutschlands Willen geglaubt**, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit den Friedensvertrag zu erfüllen. Niemand! Wir hätten die ganze Welt gegen uns gehabt. Und dann bedenken Sie die politischen Folgen! Ein Vermehren der Ruhrfahrt mit den französischen Truppen, was hätte das für Folgen gehabt. Wenn wir im Kriege das Leben und die Gesundheit von Millionen nicht schonten, um uns zu wehren, müssen wir in der Gegenwart Opferleistungen auf uns nehmen, wenn wir dadurch deutsches Land und deutsche Freiheit retten können. Mich hat immer die Ueberzeugung in der Politik geleitet, daß die Richtung der Politik scheitern muß, die meint, daß man durch dauerndes Hinhalten und Ausweichen und dadurch, daß man Bedingungen stellt und die Dinge an sich herankommen läßt, die Lage meistern könne. An die Stelle der ... Auseinandersetzungen tritt jetzt der Gedanke der Leistungen. Selbstverständlich können die Leistungen nur dann groß sein, wenn kein Teil des deutschen Volkes grollend über das Jawort beiseite steht.

Dr. Rosen Reichsaußenminister

Berlin, 23. Mai. Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten im Haag, Dr. **Rosen**, zum Reichsminister des Aeußern ernannt und den Reichskanzler von der Wahrnehmung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

•

Berlin, 23. Mai. Der zum Außenminister im Kabinett Wirth ernannte Dr. Rosen blickt auf eine langjährige Erfahrung **in allen Zweigen des Auswärtigen Dienstes zurück.** Er gehört seit 1890 dem Auswärtigen Amte an. Mehrere Jahre hindurch **im Konsulat in Beirut und in der Gesandtschaft in Teheran, wurde er 1899 zum Konsul in Jerusalem ernannt**, ein Posten, den schon vorher sein Vater als preußischer Konsul bekleidet hatte. Anfang 1901 wurde Dr. Rosen als **vortragender Rat in die politische Abteilung des Auswärtigen Amtes berufen.** Hier bearbeitete er die Orientpolitik. Im Anfang des Jahres 1905 mit einer Sondermission nach Abessinien zur Aufnahme von Handelsbeziehungen und zum Abschluß eines Handelsvertrags betraut wurde. Ende des Jahres 1905 übernahm er den Gesandtenposten in Tanger. 1910 wurde Dr. Rosen als Gesandter nach Bukarest und 1912 in gleicher Eigenschaft nach Lissabon versetzt, wo er bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im März 1916 verblieb. Seit dem Herbst 1916 bekleidete er den Posten eines Gesandten im Haag, der namentlich während des Krieges besondere Bedeutung gewann.

Deutsche Probearbeit beim Wiederaufbau?

Paris, 24. Mai. Im Ministerium für Wiederaufbau wurde erklärt, daß die Herstellung von 25 000 Häusern für die zerstörten Gebiete durch deutsche Arbeiter im Prinzip zwar gebilligt sei, daß aber alle näheren Bedingungen noch nicht festgelegt seien. Eine andre Meldung, nach der den Deutschen ein Abschnitt der zerstörten Gebiete probeweise für den Wiederaufbau überwiesen werden soll, stößt im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten auf Zweifel. Es hat aber den Anschein, als ob dieser Gedanke von Loucheur oder von Briand selbst als eine Möglichkeit ausgesprochen und als Versuchsballon in die deutsche Presse lanciert worden sei.

Französische Note an England

Paris, 23. Mai. Nach einer Havasmeldung hat der französische Botschafter in London gestern abend im Auswärtigen Amt eine Note über Oberschlesien überreicht. ... kurz darauf hingewiesen wird, daß die Lage in Oberschlesien sich verschlechtern könne angesichts der Haltung der deutschen Korps, die **halbamtlich Verstärkungen** erhalten, und angesichts der Stimmung der Arbeiter, die in Volksversammlungen ... könne, und auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten, eine Intervention bei dem ... zwischen den Polen und den Deutschen. Die Note schlägt deshalb vor, der englische Botschafter in **Berlin** Lord d'Abernon möge einen Schritt des französischen Botschafters unterstützen, um im ... Ministerien bei der deutschen Regierung vorstellig zu werden, damit sie die angekündigten Maßnahmen ausführe.

•

Die englische Antwort

London, 24. Mai. Die Daily News melden, daß die englische Regierung auf die französische Note ... mit ... Ministerium des **Aeußern** antworten werde. Die ... Regierung habe ihre Zustimmung betreffend ... nicht ... und es ... Botschafter in Berlin sich ... würden, anstatt ... aufzutreten. Man ... zu wundern, daß Deutschland ... Oberschlesien ... würde nur ... kommen. Von einer ... des ... könne nicht die Rede sein. ... der ... geworden, daß durch solche ... nicht gefördert würden.

Militärrevolten in Lissabon

London, 24. Mai. Die Daily Mail meldet aus Lissabon: In früher Morgenstunde ... beim ... und ... die sofortige Demission der Regierung und die Auflösung des Parlaments ... Regierung ... sofort ... — Der ... führt die Verhandlungen mit den Chefs der Parteien zur Neubildung des Kabinetts. Die Ruhe und Ordnung sind ... worden. Man versichert, daß die Bewegung keinen radikalen Charakter habe.

Wie die Blätter erfahren, ist der Sturz des portugiesischen Kabinetts durch eine Militärrevolte ... worden.

Prediger in der Wüste

In einem der letzten Hefte der Glocke fordert Hermann Wendel energisch, daß Deutschland durch ehrliche Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen ein ... Verhältnis zu Frankreich anzubahnen habe. Wie ein Echo ... mutet es darauf aus einem Artikel von Georges Hervé in der gestrigen Ausgabe der Pariser Zeitung Victoire, ... schreibt, daß es auch Franzosen gibt, die Frieden mit Deutschland wünschen, und — vorausgesetzt, daß Deutschland jetzt bezahlt — die alten Feindseligkeiten als ausgeglichen betrachten wollen. Eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, so wird weiter erklärt, ist schließlich nicht schwerer zustande zu bringen als eine Annäherung zwischen England und Deutschland.

Eine Folge der kommunistischen Putschtaktik

In dem wiederholt von Putschen heimgesuchten Sangerhausen, wo die Kommunisten mit 18 gegen 12 Mandate die Mehrheit hatten, gewannen bei den Stadtverordnetenwahlen die vereinigten bürgerlichen Parteien einen entscheidenden Sieg. Sie erhielten 17 Mandate, die Mehrheitssozialdemokraten 5 und die sogenannte Gewerkschaftsliste 8.

Leben • Wissen • Kunst

Der Werkbund in München

Von Dr. Theodor Heuß

München ist für die organisatorische Zusammenfassung des „Werkbundgedankens" der Ausgangspunkt gewesen. Dies Wort gab es noch nicht, als vor bald anderthalb Jahrzehnten die ersten Besprechungen von Künstlern und Gewerbetreibenden suchten, dem neuen gemeinsamen Wollen eine Stütze zu schaffen. Das „Dokument deutscher Kunst", die frühe Ausstellung auf der Darmstädter Mathildenhöhe hatte 1901 dessen ersten geschlossenen Ausdruck vermittelt. Dresden hatte ihn 1906 gestaltet; Friedrich Naumann, dessen Persönlichkeit eine Synthese zwischen künstlerischem Empfinden und wirtschaftlichem Ausdenken darstellte, wurde der geistige Motor, dessen Kraft das wesentliche Verdienst gebührt, die Voraussetzungen der neuen Plattform zu finden und zu prägen. Seitdem hat das glücklich geschaffene Wort seine bestimmte Atmosphäre um sich gewonnen, seinen gewissen Klang als Schwingung erhalten.

Freilich, was nach innen hin (und das Außen umfaßt auch die politische Oeffentlichkeit des Auslandes) als Einheit erscheint, ist nach innen voll von Bewegung, Reibung, Gegensatz und Auseinandersetzung. Seit der Werkbund gegründet wurde, spricht man davon, daß er sich in einer „latenten Krisis" befinde, und man ist vernünftig genug, diese oft berufene Tatsache nicht als Not oder Bedrohung, sondern als den Ausdruck von Leben, Gesundheit zu begreifen. Denn unsere Zeit, einer einheitlich gefühlten oder gar bewußten Idee von führender Kraft entbehrend, bedarf jenes kämpferischen Suchens auf mannigfachen Wegen jener Freiheit, die sich ihre Bindung selber setzt und sie nicht von Gnaden oder Befehl hinnimmt, weil sonst aus flüchtiger Zeit die Gefahr der formalen Erstarrung kommt, die in unfruchtbaren Mißverständnissen enden muß. Soviel vom „neuen Stil" gesprochen wird, geschrieben wurde, er kann weder definiert noch so oder so bewiesen werden, nur leben zwischen wuchernden Individualismus, zwischen ... Weitläufigkeit und der fliegende oder triumphierende Ruf des Gemeinschaftswollens lösen, aber erst später einmal auf diese Geschichte der vielen Einzelnen zurückblickt, wird sie als die Bestätigung eines ... erkennen, und jene am höchsten werten, wo das unmittelbar Schöpferische am wenigsten durch rationalistische Vermessung umgebogen oder verunklärt wurde. Es ist falsch, wenn man unsere Zeit in Sonderheit den Vorwurf macht, daß sie mit theoretischer und literarischer Anmaßung in den Bereich der künstlerischen Schöpfung einbreche; das gab es auch schon früher, und die Eigentümlichkeit unserer Zeit ist nur die Quantität und die zweifelvolle Heftigkeit, nicht die Tatsache an sich. Doch im deutschen Werkbund, wo Künstler und Kunstgelehrte, Wirtschaftler und ... sich begegnen, der Verständigung grundsätzlicher Ausdrücke die befreiende Arbeit der erfindenden Köpfe, der gestaltenden Hände, der organisierenden Kräfte begleitet, darf nicht wundernehmen.

In Köln, 1914, in Stuttgart, 1919, hat dieser Kampf um das Wesen der künstlerischen Form, um Norm und Individualität, zum Ausdruck starker Spannungen geführt, in denen die allgemeinen Zeitprobleme und geistigen Tendenzen vor und nach dem Kriege deutlich wurden. In München, bei der diesjährigen Mittagung, ist das in den Hintergrund getreten. Die Ursache dazu kann in mancherlei gefunden werden. Der Vortrag von Museumsdirektor Dr. W. Riezler, Stettin, über „Freiheit und Kunst der Stunde", strebte, bei aller persönlichen Prägung, zu einer gewissen Schlichtheit und historischen Wertung zu kommen, indem er die drei programmatischen Formeln, die über dem Beginn der Werkbundarbeit standen, Ehrlichkeit, Qualität und Zeitgemäßheit, einer feinsinnigen und geistreichen Analyse unterzog. Aber vielleicht liegt auch unsere Zeit einigermaßen im Zeichen der Erwartung nach dem Ueberschwang an Kundgebungen und Manifesten, den die Revolution geboren hatte. Damals eilte ein Programm dem andern nach; jedes suchte einen verbindlichen Weg zu zeigen für die Gesundung, für die Erneuerung der Kunst; politische Freiheit mischte sich mit dem Glauben, daß der Bruch der politischen Formen, der Verfall der sozialen Konventionen notwendig den Boden für dies Neue, eine neue Gemeinschaft an Gesinnung, Wollen, Können bilden werde; neue Tafeln wurden mit Ernst und Leidenschaft, mit Koketterie und Snobismus gemeißelt: aber die Meißel waren oft genug stumpfe Federn, und auf dem Boden liegt raschelndes Papier, Makulatur. Stoff für stilpsychologische Betrachtung. Gerade die Besten sind des Wortes, das auch ihnen zum Werkzeug geworden, einigermaßen müde geworden und wollen sich in der Leistung erweisen.

Solcher Leistung soll die Deutsche Gewerbeschau zur Rechnung werden, die im Jahre 1922 jene Gewerbe in München versammeln wird, in denen Formung einen aktiven Wert darstellt. Das ist eine große Aufgabe, den vielfältigen Willen, der heute in tausend Ateliers und Werkstätten nach Ziel und Arbeit sucht, zu einer großen Selbstdarstellung zu bringen. Manche von den Jüngeren haben die Sorge, daß es zu früh! Sucht uns noch Zeit, erst mal uns fertig zu werden. Dieses Gefühl innerer Hemmung begreift man. Aber um den Weg zur Freiheit durchzukämpfen, bedarf es eben vielleicht doch eines solchen Zwanges, in das Risiko der Bewährung einzutreten. Die Ausstellung wird so zum Spiegel der neuen deutschen Ausdrucksbestrebungen werden und dadurch für uns selber wichtig genug. Darüber hinaus aber reicht die Bedeutung des Unternehmens in die allgemeine Fragestellung, was Deutschland nach Krieg und Niederlage, in Zerrüttung und Armut, der große Anstrengung machen wird, sein bestes künstlerisches, handwerkliches, industrielles Können zur Anschauung zu bringen. Geist und Kunst, Tradition und neues Wollen entstehen hier der Reichweite den Zank ... hier blieb uns, so erschlagen sie sonst sein mag, die Souveränität der eigenen Entscheidung.

Die Deutsche Gewerbeschau 1922 ist keine Veranstaltung des deutschen Werkbundes; aber ihr Gelingen ist von der ... Mitarbeit der in ihm vereinigten Kräfte abhängig. Dies kam auch in einem formalen Beschluß zum Ausdruck. Hans Poelzig übergab den Vorsitz des Bundes an Richard Riemerschmid, den Leiter der Münchner Kunstgewerbeschule, um so die Einheit der Führung und der künstlerischen Verantwortung zu gewährleisten. ... Konzentration der Kräfte in München selbst bedingt.

Dresdner Kalender

Theater am 25. Mai. Opernhaus (in neuer Einstudierung und Inszenierung): Die Zauberflöte (7). — Schauspielhaus: Maria Magdalena (7). — Albert-Theater: Der Schwarze ... (7½). — Zentral-Theater: Der Opernball (7). — Residenz-Theater: Wie einst im Mai (7).

Opernhaus. Mittwoch, in neuer Einstudierung und Inszenierung Die Zauberflöte in folgender Besetzung der Hauptrollen: Sarastro: Georg Zottmayr, Tamino: Richard Tauber, Sprecher: Robert Burg, Königin der Nacht: ... von Schuch, Pamina: Elisabeth Rethberg, Papageno: Waldemar Staegemann, Monostatos: Hanns Lange, Papagena: Grete Merrem-Nikisch. ...

Schauspielhaus. Heute, 24. Mai, gastiert Wilhelm ... vom Stadttheater in Zürich als Wilhelm Tell auf Anstellung. Die übrige Besetzung ist die von der Neueinstudierung ... Beginn der bekannte. Spielleitung: Paul Wiecke. ...

Kasperltheater im Künstlerhaus. In der morgen Mittwoch nachmittags 3½ Uhr stattfindenden Kasperltheater-Vorstellung kommt zur Aufführung: Rosalinde, das Mädchen aus ... Fürsten. Ein Kasperlstück in einem Akt, einem Vorspiel und einem Nachspiel von Dr. Paul. Der Kartenverkauf beginnt um ... Uhr an der Saalkasse. Numerierte Karten ... im voraus bei F. Ries, Seestraße 21.

Kleine Mitteilungen

Was das „trockne" Amerika spart. Amerikanische Blätter bringen statistische Aufstellungen über das ... machten der Spareinlagen in den Banken seit der ... des Alkoholverbots in den Vereinigten Staaten ... Annahme darauf zurück, daß das sehr ... Die großen Banken hatten im Jahre 1914 Depots von ... Millionen Dollars in Newyork, oder 107 Dollars auf ... Im Jahre 1920 betrugen die Depositen ... oder fast das Doppelte. Die Ursache ist nicht ... zu suchen, denn im Jahre 1917, wo die ... waren, wuchsen die Einlagen nur um 170 Millionen ... rend sie 1920 um 893 Millionen Dollars stiegen. ... lichen Sparbanken sind die Depositen seit 1913 ... Millionen Dollars gestiegen. 11½ Millionen ... schnittlich je 520 Dollars. Diese günstige ... dadurch möglich, daß der amerikanische Arbeiter ... Alkohol ausgeben kann.

Eine „Regierungspartei" in der U.S.P.D.

Der Berliner Nachrichtenzentrale wird aus „zuverlässiger Quelle" gemeldet:

Die Strömung in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, die eine Beteiligung an der Regierung wünscht, erstarkt immer mehr. Der betreffende Flügel der Partei, der unter der Führung des Herrn Dr. Breitscheid steht, vertritt den Standpunkt, daß der Niedergang der Partei nur durch zielbewußte politische Arbeit aufgehalten werden könne. Die weitere Politik der linken Regierung treibe die Parteimitglieder entweder den Mehrheitssozialdemokraten oder den Kommunisten zu. Auf jeden Fall verleide der Mangel an jedem positiven Ergebnis der Parteipolitik den Anhängern die Parteiarbeit. Nach allen Anzeichen wird sich diese Strömung nicht mehr lange im Bereiche der internen Parteidiskussionen halten lassen, sondern sich auf den Kampfplatz der Presseerörterung erziehen. Wie es scheint, hat der Regierungsflügel fast das ganze Akademikertum der Partei auf seiner Seite.

Es ist vorläufig schwer zu beurteilen, wie weit diese Meldung der Entwicklung vorauseilt. Daß eine solche Strömung innerhalb der U.S.P. im Werden ist, beweist auch von uns bereits zitierte Artikel Breitscheids. Ob die Strömung allerdings schon stark genug geworden, um innerhalb der U.S.P. den Kampf gegen die Politik der Nurkommunisterei aufnehmen zu können, ist eine andre Frage. Vom parteiegoistischen Standpunkte aus könnte uns der für alle Vorwärtswollenden abschreckende unabhängige Standpunkt des Nichtstuns nur recht sein; wem es jedoch um die Zukunft des Sozialismus geht, der muß wünschen, daß die U.S.P. das sozialistische Gewicht auch in einer nicht rein sozialistischen, aber republikanisch-demokratischen Regierung verstärken hilft.

„Mehr Gedankenfreiheit!"

Auf der Verbandsgeneralversammlung der Groß-Berliner Unabhängigen trat ein Delegierter offen und ehrlich für die Wiedervereinigung mit der S.P.D. ein, und immer hatte sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die U.S.P. praktische Regierungsverantwortung übernehmen müsse. Natürlich wurden sie von Ledebour niedergedonnert, aber schon ihr erstes Auftreten ist Beweis genug für den Wandel zur Vernunft, der sich bei den Unabhängigen vollzieht. Selbst der Hauptreferent, Abg. Brühl, gab zu, daß nach dem Kapp-Putsche die Arbeiterregierung zu haben gewesen wäre, aber damals seien von der U.S.P. die Leute gesteinigt worden, die für das eintraten, was jetzt nach verpaßter Gelegenheit die U.S.P. zur Mode fordert. Er schloß nach einem Berichte der Freiheit: „Wir haben uns daran zu gewöhnen, daß Vertreter angeblicher irriger Meinungen ruhig angehört werden. Mehr Gedankenfreiheit, worunter nicht Handlungsfreiheit zu verstehen ist, muß gewährt werden."

Wir fürchten, daß wie bisher, so auch künftig in vielen wichtigen Fragen die Gedankenfreiheit und Einsicht bei der U.S.P. zu kurz kommt, wenn die Verbohrtheit die Arbeiterinteressen aufs schwerste geschädigt hat.

Die zweite Sendung amerikanischer Milchkühe

Kurz nach Ankunft der zweiten Sendung amerikanischer Milchkühe, die Anfang Mai an Bord des Dampfers West-Arrow in Bremen erfolgte, unterzogen Vertreter des Reichsgesundheitsamtes die eingetroffenen Tiere einer Besichtigung. Dem darüber abgefaßten Bericht des Reichsgesundheitsamtes entnehmen die V.P.N. folgendes:

Nach einer Ueberfahrt von 18 Tagen von Baltimore aus wurden in die Quarantäneanstalt in Bremen 715 Kühe bzw. Färsen und 3 Bullen, sowie 78 Kälber verbracht, da während der Ueberfahrt 25 erwachsene Tiere und etwa 100 Kälber verendet sind. Dazu kommt noch der Verlust von drei weiteren Kühen, von denen zwei in Bremen noch auf dem Schiff starben und eine notgeschlachtet werden mußte, als sie beim Ausladen aus der Hebevorrichtung stürzte. Im Vergleich zum Verlust von nur sieben Tieren bei der ersten Sendung bedeutet das eine erhebliche Einbuße. Der begleitende amerikanische Tierarzt, Dr. Dawdy, schrieb die Ursache dem Umstand zu, daß die Tiere vielfach in geschwächtem Zustand die Seereise antraten. Die Verluste ereigneten sich hauptsächlich während der ersten zehn Tage nach der Abfahrt infolge von Seekrankheit, Herzschwäche und Unfällen bei der Geburt; bei den engen Raumverhältnissen wurden viele Kälber erdrückt. Demgegenüber sind die Tiere im Vergleich zur ersten Sendung, die hauptsächlich aus Texas kam, größer und an Gewicht durchschnittlich ein bis zwei Zentner schwerer. Sieben Tiere, die beim Entladen gewogen wurden, wiesen ein Gewicht von 270 bis 486 Kilo auf. Es sind aber auch viele Tiere von schätzungsweise zehn bis zwölf Zentner Lebendgewicht darunter. Es sind durchweg junge Tiere, d. h. solche mit dem ersten Kalbe. Milch geben zur Zeit etwa 300 Tiere, obwohl die Rasse mehr auf Fleischnutzung gezüchtet ist, lassen die gut entwickelten Euter und sonstige günstige Milchzeichen auf eine befriedigende Milchleistung schließen. Die klinische Untersuchung der in der Quarantäneanstalt untergebrachten Tiere ergab keinerlei krankhafte oder verdächtige Erscheinungen. Auch die Zerlegung weiterer toter und des notgeschlachteten Tieres ergab keinen Befund, der irgendwie auf eine Seuche hinwies. Untersuchungen von Blutproben auf Parasiten waren negativ. Außerdem wurden Stichproben von Impfungen vorgenommen. Nach den Ergebnissen darf mit Sicherheit angenommen werden, daß diese zweite Sendung frei von Erregern des Texasfiebers ist, zumal die Tiere aus Süd-Dacota, Wisconsin und Jowa stammen, Gegenden, in denen das Texasfieber der Südstaaten nicht bekannt ist.

Ueber die Herkunft der Tiere in Amerika und die Umstände bei ihrem Auftrieb und ihrer weiten Reise ist aus den Erzählungen der das Vieh begleitenden Farmer Folgendes interessant: Ursprünglich waren 654 Tiere aus Süd-Dacota zusammengekommen, und zwar aus einem ganz kleinen Bezirk dieses Staates, der hauptsächlich von Deutschen und Deutschrussen bewohnt wird. 90 Tiere stammen aus dem Staate Jowa und 44 aus Wisconsin. Das Klima dieser Gegend ist ähnlich wie in Deutschland; der Winter bei reichem Schneefall ist meist sehr streng. Bei günstigem Wetter findet Weidebetrieb, sonst Stallhaltung statt. Seuchen wie Texasfieber und Maul- und Klauenseuche kennt man nur vom Hörensagen. Die Beförderung der Kühe war mit großen Kosten, Mühen und Gefahren verbunden. Auf ihrer Heimat mußten sie vielfach mehrere Tage bis zur Bahnstation getrieben werden. An der Sammelstelle veranstalteten am 20. März Banden einen Ueberfall auf das Vieh, und zwar aus politischen Gründen, da man den Transport nach Deutschland verhindern wollte. Die Bande kam nachts mit Automobilen und zu Pferde und verjagte das Vieh durch Schreckschüsse nach allen Richtungen. Doch bis auf 20 Tiere konnte das Vieh in den nächsten Tagen wieder zusammengetrieben werden; zwei Kühe waren erschossen.

Der Bahntransport zur Küste war sehr langwierig, da in Amerika das Vieh jeweils nach 24stündiger Bahnfahrt ausgeladen, gefüttert und getränkt werden muß. In Chikago waren vier Tage Aufenthalt; 20 Tiere mußten zurückgelassen werden. In Baltimore mußte zehn Tage auf das Schiff gewartet werden, wobei die Tiere wegen schlechter Unterbringung sehr litten. Auch hier mußten mehrere Tiere zum Teil tot zurückgelassen werden. Die Ueberfahrt selbst fiel schließlich gerade in die Zeit der meisten Geburten. Auf das Schiff wurden deshalb schon 68 Kälber verladen und täglich wurden welche geboren. Soweit die Kälber am Leben blieben, ernährten sie sich unterwegs durch die reichlich vorhandene Milch. Was die Kälber nicht soffen und von der Mannschaft und den Begleitern nicht verbraucht werden konnte, wurde über Bord gegossen. Alle unterwegs verendeten Kühe und Kälber gingen den gleichen Weg. Das Melken von etwa 200 Tieren wurde von elf Leuten besorgt. Zur Fütterung und Wartung waren 34 Farmer mitgekommen; doch fielen unterwegs mehrere durch Seekrankheit aus. Eine reine Freude war die Ueberfahrt nicht und verschiedene verzichten auf eine Wiederholung.

Ekel und Verachtung

Der Alldeutsche Verband veröffentlicht eine Entschließung durch die Rechtspresse, die mit den Sätzen beginnt:

Noch einmal hat die alte reichsfeindliche Mehrheit des Reichstages, entgegen ihren eigenen feierlichen Erklärungen, sich dem feindlichen Machtspruch unterworfen und damit unter Preisgabe der deutschen Ehre das Vaterland der fremden Willkür ausgeliefert.

Der Geschäftsführende Ausschuß findet kein Wort der Verurteilung für dieses Verhalten der Reichstagsmehrheit und der ihr entnommenen sogenannten Regierung hart genug — läßt sich aber auch durch die Vorgänge der letzten Zeit in seiner Zuversicht auf die Wiedererhebung des deutschen Volkes nicht irre machen: Zur inneren Umkehr muß der Teil des deutschen Volkes, der der Verführung durch widerdeutsche Parteien verfallen war, seine Verführer durch ihre Taten bis zu Ekel und Verachtung kennen lernen, damit er sich von ihnen abwendet.

Ekel und Verachtung kann einen allerdings erfüllen, wenn man sieht, wie die Gesellschaft, die Deutschland systematisch in Krieg und Verderben hineingehetzt hat und sich bei Ausbruch des Kriegs vor Jubel gar nicht fassen konnte, jetzt einen großen Mund riskiert. Der Alldeutsche Verband ist der letzte, der das Recht hat, von deutscher Ehre zu sprechen. Niemand hat die deutsche Ehre mehr in den Kot getreten, als das morallose Alldeutschtum, das jeder Tat im Kriege zugejubelt hat, die deutsche Ehre befleckte. Auch wir sind der Ansicht, daß das deutsche Volk Ekel und Verachtung gegen seine Verführer lernen muß. Aber diese Verführer sind die Alldeutschen.

Alliierte Intervention in Warschau

Paris, 23. Mai. Das Echo de Paris meldet, daß die französische, englische und italienische Regierung gemeinsam bei der Warschauer Regierung vorstellig geworden sind. Gleichzeitig hat die Kommission in Oppeln sich ebenfalls ins Zeug gelegt, Korfanty und andre Polenführer zur Vernunft zu bringen. Das Echo de Paris glaubt zu wissen, daß diese Vorsitzenden des polnischen Vollzugsausschusses sich bereit erklärt hätten, grundsätzlich eine Gebietszone zu räumen, die dann von den alliierten Truppen besetzt werden könnte. Man hofft damit, die Gegner auseinander zu bringen. Dieser Vollzugsausschuß hat folgende Bedingungen gestellt: Deutschland soll die Verpflegung Oberschlesiens die seit geraumer Zeit unterbrochen ist, wiederaufnehmen und auch die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen, um die Arbeiterlöhne auszuzahlen. (Die Warschauer Rzeczpospolita bestreitet jede Räumungsabsicht.)

Paris, 23. Mai. Es verlautet, daß die Interalliierte Kommission in Oppeln den deutschen Behörden in Oberschlesien eine Note überreicht habe, die ihre Aufmerksamkeit auf die Gefahr lenkt, die für Deutschland in dem Vormarsch der deutschen Freiwilligentruppen besteht. Der englische Vertreter in der Kommission, Oberst Percival, hat sich persönlich mit Erfolg bei den Führern dieser deutschen Freiwilligenformationen dafür verwendet, daß diese auf Angriffe verzichten. Man vermerkt hier die Wiederaufnahme der Tätigkeit des Obersten Percival in der Interalliierten Kommission mit besonderer Befriedigung, da seine Enthaltung von aller Tätigkeit in der Kommission seit einigen Wochen ihre normalen Arbeiten gelähmt habe.

Deutsches Reich

Aufhebung der Zollsanktionen und der Besetzung Duisburgs, Düsseldorfs und Ruhrort?

Düsseldorf, 24. Mai. Nach Mitteilungen aus englischen Stellen steht die Aufhebung der Zollsanktionen im Rheinlande bis spätestens 6. Juni in Aussicht. Einige Tage vorher wird die Räumung der Städte Duisburg, Düsseldorf, und Ruhrort durch die Besatzungstruppen angeordnet werden.

Ausschreitungen der Orgeschleute

In Namslau stürmten die Orgeschleute unter Führung des Leutnants Bernhard nach Meldung der Breslauer Volkswacht das Rathaus und verschafften sich mit Gewalt Waffen. Vor der anrückenden Schupopolizei gingen sie zurück.

In Neiße verübte das bayerische Korps „Oberland" Exzesse gegen das Sozialdemokratische Parteisekretariat und bedrohte die Gewerkschaftsfunktionäre mit Erschießen. Auch hier mußte Schupopolizei die Ordnung wiederherstellen.

Wird die Regierung noch weiter die bewaffneten Banden dulden, denen es weit mehr auf den Kampf gegen unbewaffnete sozialistische Volksgenossen anzukommen scheint als auf den Kampf gegen die bewaffneten Polen?

Der Leipziger Kriegsverbrecherprozeß

In der Verhandlung, die vorm Leipziger Reichsgericht gestern gegen den ehemaligen Unteroffizier Hennen begann (siehe unsern gestrigen Bericht) gab auf Befragen des Reichsanwalts der Angeklagte einmal zu, die Vorschriften, die die Mißhandlung von Gefangenen verbieten, gekannt zu haben. Nach den bestehenden Vorschriften sei er berechtigt gewesen, von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn seinen Befehlen nicht Folge geleistet wurde.

Von den

englischen Zeugen

wird zunächst John Parry vernommen. Er sagt, die Betten im Gefangenenlager seien gut gewesen, die Nahrung aber war schlecht. Der Zeuge ist am 21. Oktober 1914 in Gefangenschaft geraten und am 28. Oktober 1915 in das Gefangenenlager Herne gekommen. Die ihn und seinen Landsleuten zugemutete Arbeit im Bergwerk hätten sie nicht leisten wollen, da sie darin eine Kriegsarbeit erblickten, die ihre Landsleute in Gefahr bringen konnte. Der Angeklagte habe seinen Befehl, die Arbeit aufzunehmen, mit Gewalt durchzusetzen versucht. Wegen seiner Verweigerung der Arbeit habe ihn der Angeklagte mit dem Gewehrkolben geschlagen, so daß er besinnungslos niedergefallen sei. Der Zeuge sagt weiter aus, er habe eine Wunde am Bein gehabt und habe einen Arzt verlangt. Der Angeklagte habe aber erwidert, da genüge ein Bad.

Einen andern Gefangenen namens Cross habe der Angeklagte absichtlich abwechselnd unter eine kalte und eine heiße Brause gestellt und ihn lange Zeit darunter gelassen. Hennen bestreitet das. Der Zeuge bekundet dann weiter, der Angeklagte habe ihn beim Heruntersteigen einer Treppe getreten.

Der nächste Zeuge ist der Engländer Henry Abel. Er gibt an, 12 Engländer seien bei ihrer Ankunft im Lager vom Angeklagten eingesperrt worden, weil sie die Bergwerksarbeit verweigerten. Von dem Angeklagten selbst will der Zeuge gelegentlich mit einem Stock geschlagen worden sein. Demgegenüber behauptet der Angeklagte, er habe überhaupt keinen Stock gehabt. Der Zeuge bleibt bei seiner Behauptung und bekundet weiter, daß der Angeklagte einen Mann mit dem Seitengewehr auf die Nase geschlagen habe. Auf Vorhalt gibt der Zeuge an, dies sei geschehen, als die Gefangenen sich weigerten, sich anzustellen.

Sodann wird die Aussage des Zeugen Parry im Prozeß gegen den Angeklagten vor dem Kriegsgericht in Münster verlesen, nach der der Zeuge selbst Mißhandlungen Gefangener durch den Angeklagten nicht wahrgenommen hat.

Auf Gerichtsbeschluß werden nunmehr die Aussagen der vor dem Polizeigericht in London eidlich vernommenen Zeugen verlesen. Die Vernehmung ist erfolgt in Anwesenheit eines Vertreters der Reichsanwaltschaft und eines Verteidigers des Angeklagten. In den Aussagen ist die Rede von der Weigerung der Engländer, Bergwerksarbeit zu leisten. Der erste Zeuge hat bekundet, daß der Angeklagte ihn

mit der Faust ins Gesicht geschlagen

habe, so daß Blut floß. Die Wachmannschaften hatten die Gefangenen mit ihren Bajonetten bedroht und ihnen die Bajonette vor den Leib gehalten. Der zweite Zeuge, von Beruf Gärtner, hat nie ein Bergwerk gesehen und weigerte sich, die Arbeit auf der Grube „Friedrich der Große" in Herne zu leisten. Er bekundet ebenfalls, daß der Angeklagte einzelne Gefangene geschlagen hat, um sie zur Arbeit zu zwingen. Ein dritter Zeuge hat die Mißhandlungen des Cross mit angesehen.

Um 2 Uhr wird die Verhandlung auf 4½ Uhr nachmittags vertagt.

Nach der Pause wird die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Der frühere englische Kriegsgefangene Ernest Jones will von dem Angeklagten mißhandelt und beleidigt worden sein. Er gehört zu denen, die die Bergarbeit verweigerten, und gibt an, daß der Angeklagte ihn auf den Kopf geschlagen habe. Eine Krankmeldung habe der Angeklagte zurückgewiesen. Der Angeklagte wendet ein, daß der Zeuge ihn angerempelt habe. Der Zeuge William Lenard Gothard hat ebenfalls den Bergmannsdienst verweigert und erklärt, er sei vom Angeklagten vor die Brust und ins Gesicht geschlagen worden. Andre Gefangene seien mit Kolbenstößen mißhandelt worden, als sie sich sträubten, Bergarbeit zu leisten. Der unter die Brause gestellte Cross sei schon vorher geistig nicht normal gewesen. Zeuge Charles Burrage spricht ebenfalls von der Arbeitsverweigerung und dem Fall Cross. Der Behauptung des Zeugen, der Angeklagte habe einen Revolver getragen, tritt dieser mit Entschiedenheit entgegen. Auch dieser Zeuge bekundet, daß der Angeklagte kranke Gefangene verhindert habe, sich krank zu melden.

Der Zeuge Sidney Emory macht bezüglich der Vorgänge bei der Arbeitsverweigerung und bezüglich des Falles Cross ähnliche Angaben wie die früheren Zeugen. Das Essen im Gefangenenlager bezeichnet er als ungenießbar; in der Suppe sei überhaupt kein Fleisch gewesen. Der Präsident bezeichnet diese Behauptung als leichtfertig, da bereits ein anderer Zeuge ausgesagt habe, daß das Fleisch zerkleinert in der Suppe gewesen sei. Zeuge William Gillert hat sich über die Behandlung im Bergwerk bei dem Angeklagten beschwert und behauptet, deshalb von ihm geschlagen worden zu sein. Er betont, es seien in dem Lager Strafen

bis zu 56 Tagen bei Wasser und Brot

verhängt worden.

Der Präsident stellt einen Widerspruch dieser letzten Aussage mit einer früheren protokollarisch festgelegten Aussage des Zeugen fest und ermahnt diesen, streng bei der Wahrheit zu bleiben.

Der Zeuge Alfred Briers sagt aus, er sei mit dem Gewehrkolben gestoßen worden und dabei zu Boden gefallen. Wer in der Nähe des Angeklagten gewesen sei, habe immer Stöße bekommen. Unten im Bergwerk seien die Engländer von den Zivilarbeitern mit Revolvern bedroht worden.

Um 7½ Uhr abends wird die weitere Verhandlung auf Dienstag, 24. Mai, vormittags 9 Uhr, vertagt.

Neueste Telegramme

Maßnahmen gegen Freikorps

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. Mai. Wie wir von amtlicher Seite erfahren, ist die Reichsgrenze gegen Oberschlesien durch Schupopolizei gesperrt und geschlossen worden. — Gegen die Bildung von Freikorps hat der Reichspräsident auf Antrag des Gesamtministeriums auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung eine Verordnung unter dem heutigen Tage erlassen, die sofort in Kraft tritt. Danach werden Personen, die inoffizielle Verbände zusammenstellen oder sich daran beteiligen, mit Geldstrafen bis zu 100000 Mark oder mit Gefängnis bestraft.

Ein neuer Völkerbund?

Paris, 24. Mai. Nach einem Kabeltelegramm der Chicago Tribune aus Washington ist dort gestern abend bekannt geworden, daß der Botschafter der Vereinigten Staaten in London, Harvey, in großen Zügen den Hardingschen Plan für einen neuen Völkerbund besitze, der dazu bestimmt sei, den gegenwärtigen Völkerbund zu ersetzen. Harvey sei auch bereits ermächtigt, den Hardingschen Plan den Vertretern fremder Regierungen zugleich mit den Bedingungen, die Amerika für einen offiziellen Schritt in dieser Angelegenheit stellt, bekannt zu geben. Dem Hardingschen Völkerbund liegt im allgemeinen der Plan der Haager Konferenz zugrunde. Er betont die Idee eines Weltschiedsgerichtshofes, vor dem Streitigkeiten in Uebereinstimmung mit dem internationalen Recht verhandelt und entschieden werden sollen, während Zwangsmaßnahmen ausgeschlossen sein sollen. Harvey hat Anweisung erhalten, den Wunsch seiner Regierung darzulegen, daß die interalliierten Mächte im voraus sich äußerten. Als Zeichen eines aufrichtigen Wunsches für das Zustandekommen des neuen Völkerbundes werde zunächst die Anerkennung der amerikanischen Rechte mit Rücksicht auf die bis jetzt bereits getroffenen Entscheidungen verlangt.

Devisenkurse

Berlin, 23. Mai. (Amtlich.)

		23. 5. Geld	23. 5. Brief	21. 5. Geld	21. 5. Brief
Holland	100 Gulden	2145,35	2149,65	2132,85	2137,15
Schweiz	100 Frank	1080,90	1083,10	1072,85	1074,85
Wien (alte)	100 Kronen	—	—	—	—
Wien (deutsch-österr. abgest.)	100 Kronen	15,20	15,32	14,95	14,97
Prag	100 Kronen	88,10	88,30	88,10	88,35
Spanien	100 Peseten	804,15	805,85	799,20	800,80
Brüssel-Antwerpen	100 Frank	516,55	518,05	519,45	520,55
Italien	100 Lire	332,15	332,85	328,65	329,35
London	1 Pfd. Sterl.	240,—	240,50	237,10	238,—
Newyork	1 Dollar	59,98	60,12	59,44	59,56
Paris	100 Frank	517,45	518,55	517,45	518,55

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Pegel	22.	23.		Pegel	22.	23.
Moldau	Budweis	— 22	— 20	Elbe	Brandeis	— 10	— 12
Moldau	Modran	— 58	— 56	Elbe	Melnik	+ 60	+ 38
Iser	Jungbunzlau	— 2	— 2	Elbe	Leitmeritz	+ 56	+ 55
Eger	Laun	— 85	— 86	Elbe	Aussig	— 27	— 32
Elbe	Pardubitz	— 61	— 61	Elbe	Dresden	— 171	— 174

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210524/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Achtung!
Taschendiebe sind in Dresden!

Pirna.

Der Rat der Stadt Pirna.

Z. V. T., 5. Unterbezirk, Gruppe 5
Luise Taubmann
Der Vorstand.

Frau Luise Taubmann
Die trauernden Hinterbliebenen.

Frau Marie Rosina Polk geb. Mikan
Die trauernden Hinterbliebenen.

Parteisekretär.

1 Zeitungsträgerin
für den Bezirk Trachenberge-N. wird gesucht.
Otto Bauer, Dresden, Kreuzstraße 1.

Phantasiehut-Arbeiterinnen
Hesse & Co., Bautzner Str. 15.

Händler und Hausierer
Fliegenfängern
Damit ist jetzt viel Geld zu verdienen!

Bruchleidende
Universal-Bruchband
Ph. Steuer Sohn.

GARTEN-MÖBEL
Gebr. Cunflein
Altmarkt 7

Spülapparate
Frau Heusinger, Am See 37.

Achtung!
Taschendiebe sind in Dresden!

Einheitsverband der Kriegsbeschädigten u. Kriegshinterbliebenen Deutschlands
Ortsgruppe Dresden.
Bezirks-Jahrestagung Laubegast

Reichs-Kaffee
Altmarkt
Rubi-Arco-Konzerte
Jeden Sonntag: Frühkonzert

VPF. Vergnügungs-Palast Fledermaus
Mittwoch Sportball im Palmensaal.
Konzert u. Künstlerspiele. Eintritt frei!

Symians Theater-Theater
Zwerg-Oper Alt-Heidelberg

Flora-Theater
Oskar Jungbauers Tanz-Singer

Ball-Anzeiger
für Mittwoch den 25. Mai

Ball-Haus-Ball — Herrlicher Blumenflor.
Gasthof Alt-Cotta — Indentation der Linie 12. Mittwochs 6 Uhr
Gasthof Wölfnitz — Gr. Gartenkonzert. Oberschlesischer Gnade-Madchen Ferner Ball.
Schweizerhäuschen — Schweizer Str. 1
Westend — Chemnitzer Str. 107.
Wilder Mann — Ständig zwei Kapellen. Sonntags ein Konzert.

Annensäle
Fischhofplatz 10
feiner öffentlicher Damen- u. Herrenball

JONATHS NEUE WELT
Feiner Damen- u. Herrenball
Herrenwahl. Neue in herrl. Frühlingsdekoration.

Vaterland Lichtspiele
Freiberger Platz – 20.
Nur vom 24. bis 30. Mai:
Wild-West!
Erstaufführung:
Der Skelettreiter von Colorado
Das dritte große Original-Wild-West-Drama in sechs großen äußerst spannenden Akten.
Tollkühne und atemberaubende Handlung
Noch ungezeigte Sensationen!
Hauptrollen
Lia Ley und Joe Stöckel
bekannt aus Schmiede des Glückes.
Dazu
Ein köstliches Lustspiel
in zwei Akten.

Bilanz des Spar- und Bauvereins Laubegast und Umgegend, E. G. m. b. H., in Laubegast.
per 31. Dezember 1920.

Aktiven.	M.	Passiven.	M.
Kassenbestand	[illegible]	Geschäftsguthaben der verbleibenden Mitglieder	[illegible]
Bankguthaben	[illegible]	Noch nicht ausgeschriebene Mitgliedsbeiträge	[illegible]
Inventar	[illegible]	Reserve	[illegible]
Unbebaute Stadt	[illegible]	Gesetzlicher Reservefonds	[illegible]
Bebaute Stadt	[illegible]	Mieterkautionen	[illegible]
Mieterkautionen	[illegible]	Hypotheken	[illegible]
Hypotheken	[illegible]	Bankkonto	[illegible]
Bank- und Sparkassen-Guthaben	[illegible]	Sparkassen	[illegible]
Außenstände	[illegible]	Zinsen nicht abgehoben	[illegible]
		Schulden	[illegible]
		Gewinn- und Verlustkonto (Reingewinn)	[illegible]
Zu M.	[illegible]	Zu M.	[illegible]

Mitgliederbewegung:

	Genossen	Anteile	Haftsumme
Stand am 31. Dezember 1919	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Zugang im Geschäftsjahr 1920	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Zusammen	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Abgang im Geschäftsjahr	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Bestand am 31. Dezember 1920	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Die Haftsumme erhöhte sich um [illegible] M., das Geschäftsguthaben um [illegible] M.
Der Vorstand: [illegible] Der Aufsichtsrat: [illegible]

Allgemeiner Mieterschutzverein.
Der Vorstand.

Hängarn
Hugo Richter

Billige Schokolade
Ebels beliebter Fleischsalat
Hans Ebel, Alaunstr. 35.

Seifen
Sodas
Seifenpulver
Schmierseifen
Wernerstraße 36
Seidl & Co.
Hausierer! Wiederverkäufer!
(Einige Reisende werden noch eingenommen.)

Feinstes saftiges Rindfleisch 9.00 M.
Hochfeines gemischtes Apfelmus 25.00 M.
Krügers Butterhaus, G. m. b. H.
Webergasse 18.

Achtung!
Taschendiebe sind in Dresden!

Preisabbau in Herrenhüten u. Mützen
Herrenhüte in prima Qualität von 35 M. an
Herrenmützen „ „ „ 18 „
Strohhüte, auch für Kinder, „ 5 „
Ernst Kupfer, Böhmischbrodt, Bahnhofstraße Nr. 14
Nebenbeschäft. Luthertraße.

Germania-Fahrräder
Karl Winkler, G. m. b. H.
Generalniederlage Seidel & Naumann
Struvestr. 9 :: König-Johann-Str. 13
Prager Straße 33.

Geschützt „Kampolda“ geschützt.
Zu einer Stunde Garantie
Läuse

RINO-SALBE
FLECHTEN/HAUTLEIDEN/OFFENEN FÜSSEN ALTEN WUNDEN/AUSSCHLÄGEN/FRÖSTGESCHWÜR

Billiges Stoff-Angebot
wegen Auflösung der Firma
Serie I Einkaufspreis bis 120.— M., jetzt 60.— M. das Meter
Serie II Einkaufspreis bis 275.— M., jetzt 90.— M. das Meter
Serie III Einkaufspreis bis 300.— M., jetzt 150.— M. das Meter
Günstige Kaufgelegenheit für Schneider, Händler und Hausierer!
Beachten Sie meine Schaufenster!
Max Großke, Dresden-A.
Bismarckplatz 12, part.

Eheleute
„Beto“ bei Bett für die Frau.
Akt.-Ges. Hermann
Düsseldorf-Grafenberg

Frauen
„Curol“
Fr. Heusinger
Am See 37.

Florida-Oel
feinstes Salatöl
Speiseöl-Raffinerie Dresden-A., Friesenstr. 1.

Kaufen Sie im Zukunft nur
bewährte Qualitäten
Falkenstraße
Ecke Ammonstr.
Günstige Bezugsquelle für Händler.

Stets vorrätig
Stock Spiralbohrer
Werkzeughandlung Donath
Doppelstadtwaldaer Platz 2

An- und Abzahlung
Herren-Anzüge
Knaben-Anzüge
Schlupfer
Damen-Kostüme
Damen-Mäntel
Damen-Kleider
Bett-, Leib- und Tischwäsche
Gardinen, Wollstoffe, Voile
Schlafzimmer-, Küchen- sowie Einzelmöbel
Langer, Dresden-A.
Frauenstraße 12, I.

Einlatz-Hemden
Mako-Hemden
Herren-Unterhosen
Hugo Richter

Wir empfehlen
Zoeben in neuer unveränderter Auflage erschienen:
Pfaffenspiegel
Historische Denkmale des Hesuitismus in der rücksichtslosesten Form.
von Otto v. Corvin.
Durchgesehen und mit Nachwort und Anmerkungen von Bruno Sommer.
Preis 23 Mark.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

Sehr gut u. preiswert
Kaufen Sie nur Kaulbachstr. 31, 2. r.
bei der neueröffneten Fa. Baron & Großmann
Reinwollene Cheviots, blau u. schwarz, 130 cm breit, 45.00
Reinwollene Gabardine, schwarz, blau und farben, 130 cm breit, 85.00
Reinwoll. Damenloche, blau, schwarz, 45.00
Fa. woll. Anzugstoffe in den allermod. Dessins, 140 cm breit, 25.00
Barkzeug, rein farbig, 80 cm breit, 22.00
Wollene Schürzenstoffe, 130 cm breit, 13.00

Große Auswahl
Trauringe
Besohlung
Marx-Becker

Wir empfehlen:
Liebknechts
Volks-Fremdwörterbuch
14. Auflage.
Volksbuchhandlung, Wettinerplatz 10.

Rohnessel, Meter 7.50
Nessel, Meter 11.50
Nessel, Meter 19.00
Bettuch-Nessel, Meter 20.00
Barchent, Meter 11.50
Otto Kümmel, Louisenstr. 45, 2. Kein Laden.

Neuheiten neue mod. **Anzüge**

Achtung!
Taschendiebe sind in Dresden!

An die gesamte Arbeiterschaft Sachsens

Auf Grund eines Beschlusses einer gestern abgehaltenen gemeinsamen Besprechung über die Orgesch-Transporte, die in den letzten Tagen sächsische Bahnhöfe passierten, veröffentlichen die unterzeichneten Organisationen folgenden Aufruf:

Nach einwandfreien Feststellungen sind die Organisationen der Orgesch, trotz allen Ableugnungsversuchen der nahestehenden Presse im vollen Aufmarsch begriffen. Die Reichsregierung und die sächsische Regierung hat in Verfolg des Friedensvertrages die Bildung illegaler Formationen und Banden verboten. Die Leiter der Orgesch kehren sich nicht an diese Verbote, vielmehr werden unter dem Deckmantel nationaler Phrasen auch Arbeiter und Arbeitslose, genau wie beim Baltikum-Abenteuer, für diese verbrecherischen Zwecke eingefangen. Das deutsche Volk und vor allen Dingen die deutsche Arbeiterklasse müssen alles aufbieten, um diesen reaktionären Treibereien, die zu den schwersten Folgen führen müssen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Die Eisenbahn-Betriebsräte, die am ehesten in der Lage sind, die Gemeingefährlichkeit der verschleierten Orgesch-Transporte aufzudecken, sind bei der Ausübung ihrer im Interesse aller Volksgenossen gelegenen Aufgaben von solchen Banden zum Teil schwer mißhandelt worden. Nach eingehender gemeinsamer Beratung mit den sozialistischen Parteien und den in Frage kommenden Gewerkschaften herrschte einmütig die Auffassung, die Eisenbahn-Betriebsräte in der Durchführung ihrer wichtigen Aufgabe auf das tatkräftigste zu unterstützen. Seid wachsam! Duldet keine Vorbereitungen, die zu einem neuen Baltikum-Abenteuer und Kapp-Putsch führen müssen.

Die Hauptbetriebsräte der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden.
Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahner-Verbandes Dresden.
Sozialdemokratische Partei Sachsens.
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Sachsens.
Vereinigte Kommunistische Partei Sachsens.

Sächsische Angelegenheiten

Kredit für notleidende Gemeinden

Mit eine Regierungsvorlage erleichtern, die dem Landtage zugegangen ist. Die Regierung ersucht darin, die Zustimmung des Landtages dazu herbeizuführen, daß die Regierung zur Hilfeleistung für notleidende Gemeinden und Bezirksverbände bis zur Höhe von 100 Millionen Mark Staatsmittel in Anspruch nehmen darf, wobei die Hilfe durch Uebernahme der Bürgschaft und nur in Ausnahmefällen durch unmittelbare Darlehnshingabe gewährt werden soll, wenn die Verwaltung des Ausgleichsstockes des sächsischen Staats dem Staate gegenüber die Gewähr für Verzinsung und Tilgung übernimmt.

Zur Begründung wird u. a. folgendes angeführt:

„Eine ganze Anzahl von Gemeinden trifft die gegenwärtige Zeit in besonders schwieriger Lage, weil sie bereits durch die Vergangenheit mit schweren Schulden belastet sind. Eine große Zahl von Gemeinden und namentlich auch eine große Zahl von Bezirksverbänden sind aber durch die Kriegswirtschaft in große neue Schulden gestürzt worden. Bei einer Anzahl der Gemeinden wird es sich bei dieser Schuldenlast nur um eine Kreditnot handeln. Sie können die Schulden entweder nicht oder nur unter drückenden Bedingungen in langfristige, tilgbare Schulden verwandeln. Namentlich für die kleinen Gemeinden ist die Kreditbeschaffung oft schwierig. Die großen Gemeinden haben mit Erfolg in letzter Zeit den Weg der Anleihe beschritten. Für die mittleren Gemeinden sind die Darlehnsquellen [illegible] langsam der Landwirtschaftliche Kreditverein, der Erbländische ritterschaftliche Kreditverein, die Landständische Bank der Oberlausitz und in geringem Umfange die Kommunalbank; seit ihrem Bestehen in neuerer Zeit vor allem aber die Kreditanstalt sächsischer Gemeinden. Diese Institute sind in neuester Zeit mit der Kreditgewährung an die Gemeinden vorsichtiger geworden. Staatshaushaltmittel stehen bisher für die Kapitalbeschaffung nicht zur Verfügung. Es wäre aber zu begrüßen, wenn der Regierung für solche Fälle ein Kredit eröffnet würde, um das Schuldenwesen so notleidender Gemeinden zu sanieren. Im allgemeinen wird es genügen, daß die Hilfeleistung bei der Kapitalbeschaffung durch Uebernahme der einfachen Bürgschaft des Staates für das Darlehen gewährt wird. Es wird Wert darauf zu legen sein, daß die Geldbeschaffung erst auf Grund der Bürgschaftsbewilligung erfolgt. Denn erst wenn die Bürgschaft übernommen ist, werden die Gemeinden das Geld zu billigen Sätzen bekommen. Das Aufbringen von baren Staatsmitteln soll die Ausnahme bilden. Nur für den unwahrscheinlichen Fall, daß die Bürgschaft nicht genügen sollte oder wenn der Staat aus irgendwelchen Gründen die Hingabe eigner Mittel der Uebernahme der Bürgschaft vorzieht, müßte auch das Kapital durch Staatsmittel aufgebracht werden. Der Ausschuß für die Verwaltung des Ausgleichsstocks war einstimmig der Ansicht, daß die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Kreditgewährung an notleidende Gemeinden, sei es durch Bürgschaftsübernahme oder Darlehnsgewährung, unbedingt erforderlich sei, um zu einer Gesundung der Gemeindefinanzen zu kommen. Das Finanzministerium hat die Uebernahme der Gewähr für Zinsen und Tilgung durch den Ausgleichsstock ausdrücklich zur Bedingung für seine Zustimmung gemacht. Auch dürfte es zweckmäßig sein, daß die gesamte umfassende Hilfsaktion für die notleidenden Gemeinden vom Ministerium des Innern in Gemeinschaft mit dem Ausschuß zur Verwaltung des Ausgleichsstocks nach einheitlichem System geregelt wird . . .

Sachsens Milchversorgung in der Uebergangszeit

Durch Verordnung des Wirtschaftsministeriums wird mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft die Milchversorgung in Sachsen während der Uebergangszeit in folgender Weise geregelt: Der Handel mit Milch ist von einer besonderen Erlaubnis abhängig, die bereits bestehenden Milchhandelsgeschäften erteilt werden kann. Für die Erlaubniserteilung sind die Kommunalverbände zuständig. Eine Abgabe von Vollmilch an die gesamte Bevölkerung darf nicht eher stattfinden, als bis der Bedarf der besonders der Milch bedürftigen Personenkreise (Kinder, Stillende, Schwangere, Kranke usw.) gedeckt ist. Die Kommunalverbände können bestimmte Höchstmengen für diese Personen festsetzen. Die Verteilungsregelung hat sich nach den örtlichen Verhältnissen zu richten. Um die bisher bestehenden Milchlieferungsbeziehungen tunlichst aufrechtzuerhalten und dadurch Störungen in der Milchversorgung zu vermeiden, wird den kuhhaltenden Betrieben, Molkereien, Gemeinden und Personenvereinigungen, die bisher Vollmilch zur Frischmilchversorgung geliefert haben, aufgegeben, bis auf weiteres eine ihrer bisherigen Lieferung entsprechende Vollmilchmenge nach dem bisherigen Absatzorte an zugelassene Wiederverkäufer (Molkereien, Händler) oder bezugsberechtigte Verbraucher zu liefern, soweit die Vollmilch nicht für den eigenen Bedarf der Milchlieferanten benötigt wird. Der Preis richtet sich nach der Marktlage. Bei Weigerung können die zuständigen Stellen die Lieferungspflicht anordnen und die Lieferungsbedingungen festsetzen. Abgesehen von den einschränkenden Bestimmungen der Reichsverordnung über die Verwendung von Vollmilch, Magermilch und Sahne in gewerblichen Betrieben usw. ist es in Sachsen verboten, ohne ausdrückliche Genehmigung der Landesfettstelle Käse mit mehr als 20 Prozent Fettgehalt herzustellen.

Die Demokraten zum Gemeindewahlrecht

Am Sonntag fand in Dresden ein Gemeindevertretertag der Deutschen Demokratischen Partei statt, der aus allen Teilen des ostsächsischen Wahlkreises zahlreich besucht war und vom Stadtverordneten Lehrer Clajus geleitet wurde. Landtagsabgeordneter Dr. Dehne, Dresden, und Gemeindevorsteher Seidel, Kitzschan, berichteten über die dem Landtag zur Beschlußfassung unterbreitete Gemeindewahlrechtsvorlage. Nach lebhafter Aussprache, an der sich unter anderm Direktor Muscher, Glashütte, Lehrer Faber, Radebeul, Oberstudienrat Professor Dr. Zetzsche, Dresden, beteiligten, wurde der demokratischen Landtagsfraktion empfohlen, für eine Aenderung der Vorlage des Gemeindewahlrechtes in dem Sinne einzutreten, daß das aktive, besonders aber das passive Wahlrecht an die Vorbedingung eines längeren Aufenthaltes in der Gemeinde geknüpft wird. Die Wahldauer soll anstatt auf drei auf vier Kalenderjahre bemessen werden. Einmütig lehnte der Vertretertag die in der Vorlage vorgesehene Ermächtigung der Regierung, mit Zustimmung des Landtages die Gemeindevertretungen aller Gemeinden aufzulösen, ab, da dies einen unzulässigen Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bedeute, und eine solche Maßnahme lediglich politischen Charakter tragen würde. Der Gesetzentwurf gibt den Gemeindevertretungen das Recht, das Verbleiben von Gemeindevertretern im Amte zu beschließen, auch wenn diese zu Gefängnisstrafen verurteilt worden sind. Der Gemeindevertretertag sprach sich gegen die Bestimmung aus. Ferner war er der Meinung, daß denjenigen Gemeinden, in denen seit der Revolution schon zweimal Gemeindewahlen vorgenommen worden sind, auf Wunsch die diesjährige Wahl erlassen werden kann. Mit besonderem Nachdruck wurde gefordert, die amtliche Verteilung der Stimmzettel im Wahllokal, die Abschaffung jeglicher privater Verteilung vor dem Wahllokal und direkt an die Wähler im Interesse einer wirklich unbeeinflußten Wahl und zur Vermeidung der Geld- und Papierverschwendung. Bei der bisherigen Art der Stimmzettelverteilung wurde die amtliche Verteilung von Stimmzetteln im Wahllokal als eine unbedingte Notwendigkeit bezeichnet.

Für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene

Von mehreren Organisationen der Kriegsopfer ist an den Reichstagsabgeordneten Genossen Richard Meier, Zwickau, die Bitte gerichtet worden, einmal klarzustellen, ob Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sich vor den Militärversorgungsgerichten und dem Reichsversorgungsgericht durch Bevollmächtigte, d. h. durch bei den Organisationen angestellte (also bezahlte) Personen, vertreten lassen können. Genosse Meier hat eine authentische Auskunft der Regierung verlangt, die der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Geib, wie folgt beantwortete:

Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen steht es frei, zur mündlichen Verhandlung vor den Militärversorgungsgerichten und dem Reichsversorgungsgericht selbst zu erscheinen oder durch Bevollmächtigte sich vertreten zu lassen. Zum Bevollmächtigten kann jede prozeßfähige Person ohne Rücksicht auf Beruf und Vorbildung bestellt werden. Allerdings kann das Gericht Bevollmächtigte zurückweisen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Dies gilt jedoch nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorschrift nicht für Vertreter gemeinnütziger oder wirtschaftlicher Organisationen, also auch nicht für Vertreter von Verbänden der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Dabei ist es belanglos, ob es sich um ehrenamtlich tätige oder um angestellte Vertreter dieser Organisationen handelt. (Vergl. § 15 der Verordnung der Reichsregierung über Aenderung des Verfahrens in Militärversorgungssachen, vom 1. Februar 1919 (R. G. Bl. S. 149).

Die Erwerbslosigkeit in Sachsen

Die Zahl der Erwerbslosen in Sachsen hat im vergangenen Monat um rund 10 000 abgenommen. Anderseits hat die Zahl der Kurzarbeiter zugenommen, jedoch nicht in dem Maße, wie die Zahl der Erwerbslosen sich vermindert hat.

Bürgermeistertag

In Kamenz tagte die Vereinigung der juristischen Bürgermeister der Städte mit Rev. Städteordnung vom 21. bis 23. Mai. Der langjährige Vorsitzende Bürgermeister Hesse, Eibenstock, legte aus Gesundheitsrücksichten sein Amt nieder. Zum Vorsitzenden wurde Bürgermeister Dr. Schaarschmidt, Löbau, gewählt. Gegenstände der Beratung waren: Neuordnung der Gemeindeverfassung, Richtlinien für die Besoldung der Gemeindebeamten, Entwurf eines Schulbedarfsgesetzes, Ferngasversorgung, Landwohnungsverband, Erhaltung des Hausbesitzes, ferner der Gemeindeversicherung und der Wohlfahrtspflege der Bezirke.

Schweres Automobilunglück

Wie die Dresdner Nachrichten aus Teplitz melden, verunglückte am Sonntag ein Vergnügungsauto auf einem Ausflug, den die Arbeiterschaft des Kalkwerkes der Firma Schubert in Hundorf bei Teplitz nach dem Hohen Schneeberg nächst der sächsischen Grenze unternommen hatte. Der des Fahrens offenbar unkundige Wagenführer benutzte nicht die für den Autoverkehr eigens angelegte Fahrstraße, sondern die steile Bergstraße über Eulau nach Bodenbach. In der Kurve bei Eulau riß plötzlich die Kette, und das Auto sauste die Böschung hinab, durchfuhr einen Schuppen und blieb an der Steinmauer eines Wohnhauses stehen. Das Auto wurde vollständig zertrümmert und von den 30 Personen wurden drei getötet und 16 schwer verletzt, darunter einige lebensgefährlich. Es wurde sofort ein Hilfszug von Bodenbach nach Eulau abgelassen und die Schwerverletzten nach Tetschen gebracht. Der Besitzer des Autos hatte nur vor der Abfahrt der Ausflügler einen Revers unterschreiben lassen, daß er für etwaige Unfälle nicht zur Verantwortung gezogen werden könne.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Am Sonntag früh hat in Leipzig der 40 Jahre alte Eisendreher Richard Bien aus Oberreichenbach die 30 Jahre alte Witwe Görz, zu der er in Beziehung stand, in der Wohnung ihrer Mutter mit einer Armeepistole durch einen Schuß in den Kopf ermordet und sich dann selbst durch einen Schuß in das Herz getötet. Beide hatten am Abend zuvor eine erregte Auseinandersetzung gehabt, weil die Görz das Verhältnis lösen wollte. Am Sonntagmorgen hat sich Bien in die Wohnung der Görz eingeschlichen, ist unbemerkt in die Schlafstube gelangt und hat hier den Mord an der noch schlafenden Frau begangen. Die durch die Schüsse erwachte Mutter der Witwe Görz fand den Mörder sterbend in der Wohnstube auf dem Sofa liegend vor. — Eine schwere Explosion erfolgte in Löbau bei der Vorbereitung des Feuerwerkes zum Königschießen der Schützengesellschaft. Dabei verunglückte der aus Leipzig stammende Feuerwerker schwer.

König Kohle

Roman aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung

Von Upton Sinclair

Dem Gesetz nach hatten die Grubenarbeiter das Recht, einen Wagenkontrolleur aufzustellen, um ihre Interessen zu wahren; den Gehalt desselben hatten sie aus eigener Tasche zu bezahlen. So oft irgendwo eine öffentliche Kritik über die Verhältnisse in den Kohlengruben laut wurde, führten die Grubenbesitzer triumphierend dieses Gesetz an; und man brauchte an Ort und Stelle gemachte Erfahrung, um begreifen zu können, welch bitterer Hohn dies für den Bergmann war.

Im Eßzimmer saß Hal neben einem blonden, schwedischen Riesen namens Johannson, der täglich zehn Stunden Bauholz auflud. Er war einer der wenigen, die sich den Luxus leisteten, ihre Meinung frei herauszusagen, denn er war jung, von ungeheurer Muskelkraft und von keiner Familie beschwert. Jahraus, jahrein wanderte er von der Grube zum Erntefeld, vom Erntefeld zur Grube zurück. Jemand begann mit ihm über das Thema „Wagenkontrolleur“ zu sprechen, und der ganze Tisch vernahm sein höhnisches Lachen. Es sollte nur einmal einer versuchen, einen Wagekontrolleur zu verlangen!

„Sie meinen, er würde fortgejagt?“ — fragte Hal.

„Vielleicht“ — lautete die Antwort. — „Vielleicht würde er auch gezwungen, von selbst zu gehen.“

„Wie meinen Sie das?“

„Sie machen aus seinem Leben ein gottverdammtes Elend, bis er selber kündigt.“

Also ging es mit dem Wagekontrolleur, wie es mit den Gutscheinen ging, den Gesellschaftswarenhäusern und mit allen Maßnahmen des Gesetzes, die den Bergmann vor Unfällen schützen sollten. Man konnte freilich die gesetzlichen Rechte verlangen, tat man es jedoch, so hing der Erfolg von der Laune des Aufsehers ab. Er konnte einem das Leben zu einem „gottverdammten Elend“ machen, bis man freiwillig ging oder eine Flut Schmähungen und Flüche flog einem an den Kopf, dazu der Befehl: „Fort, den Canon hinunter!“ vielleicht noch durch einen wohlgezielten Fußtritt und einen knapp ans Gesicht gehaltenen Revolverlauf bestärkt.

Diese Bedingungen machten das Kohlenrevier zu einem Reich der Verzweiflung. Und doch gab es Leute, die irgendwie ihr Fortkommen fanden. Familien aufzogen, ein ordentliches Heim besaßen. Hatte einer das Glück, von Unfällen verschont zu bleiben, betraf es ihn nicht zu lang, oder hatte er nicht zu viele Kinder, vermochte er der Versuchung des Trunkes, zu dem von der Ueberarbeitung und der grenzenlosen Eintönigkeit des Lebens so viele getrieben wurden, zu widerstehen, vor allem aber, verstand er es, sich den Aufseher gewogen zu erhalten — dann konnte er sich ein Heim leisten, ja sogar einen bescheidenen Sparpfennig bei der Gesellschaft deponieren.

Einer dieser Glücklichen war Jerry Minetti, der bald zu Hals besten Freunden gehörte.

Jerry zählte etwa fünfundzwanzig Jahre, und war für einen Italiener von ungewöhnlich hohem und breitem Wuchs. Die beiden trafen einander an einem Sonntag; — Hal pflegte an diesem Tage die meisten neuen Bekanntschaften zu machen. Jerry war eben aufgewacht, frisch gewaschen und trug ein paar neue, blaue Hosen, so daß er im hellen Sonnenschein einen fröhlichen Eindruck machte. Er schritt mit erhobenem Haupt und zurückgeworfenen Schultern einher, und es war ihm anzusehen, daß er von keinerlei Sorgen bedrückt sei.

Doch war es weit weniger Jerry, der Hals Aufmerksamkeit fesselte, als das, was ihm auf den Fersen folgte: seine getreue Kopie, ein frisch gewaschenes Gesicht, neue blaue Hosen. Die kleine Gestalt hielt ebenfalls den Kopf hoch und die Schultern zurückgeworfen und war ein ungemein widerstandsfähiges Geschöpfchen, wie es so die kleinen Beine warf, bestrebt, mit dem Vorangehenden Schritt zu halten. Da ihm jedoch die längsten Schritte nicht rasch genug vorwärtsbrachten, begann er bisweilen zu laufen, bis er dem Vater wieder auf den Fersen war.

Hal ging in der gleichen Richtung und der Anblick der beiden berührte ihn wie Militärmusik; er wollte ebenfalls den Kopf zurückwerfen und stramm Schritt halten. Andre Leute, die sie beobachteten und das Lachen auf Hals Gesicht sahen, wandten sich um und lachten mit. Jerry jedoch schritt ahnungslos weiter.

Sie traten in ein Haus ein und Hal, der an diesem Tage nichts andres zu tun hatte, als sein Leben zu genießen, wartete, bis sie herauskamen. Wieder schritten sie im gleichen Zug einher, bloß daß der Mann einen Sack über die Schulter geworfen hatte und das Knäblein, ihm nachahmend, eine leichte Bürde schleppte. Hal lachte wieder und als er sich den beiden gegenüber befand, sagte er: „Hallo!“

„Hallo!“ — entgegnete Jerry innehaltend, dann, Hals Lächeln bemerkend, lächelte auch er und auch das Knäblein lächelte. Da Jerry sah, worüber Hal lachte, zog sich sein Gesicht grinsend noch mehr in die Breite und so standen sie alle drei grinsend inmitten der Straße und lachten einander grundlos an.

„Das ist ein schönes Kind“ — äußerte Hal.

„Das will ich meinen“ — sagte Jerry und stellte den Sack nieder. War jemand bereit, das Kind zu bewundern, so fand Jerry stets Zeit, den Worten zu lauschen.

„Gehört es Ihnen?“ — fragte Hal.

„Das will ich meinen“ — wiederholte Jerry.

„Hallo Kleiner!“ — sagte Hal.

„Hallo Du selbst!“ — erwiderte das Knäblein. Man sah ihm sogleich an, daß es im großen Schmelztiegel Amerika geboren war.

„Wie heißt Du?“ — fragte Hal.

„Jerry.“

„Und wie heißt er?“ — Hal wies auf den Mann.

„Großer Jerry.“

„Habt Ihr zu Hause noch so was Aehnliches wie Du?“

„Noch eins,“ — sagte der große Jerry. — „Ein Baby.“

„Es ist anders als ich“ — rief der kleine Jerry — „Es ist ganz klein.“

„Und Du bist groß?“ — fragte Hal.

„Es kann nicht gehen!“ (Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210524/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik

Schützt die Anlagen

Der hohe Wert der Anlagen, die das graue Einerlei der Großstadtstraßen so angenehm unterbrechen, besteht nicht nur in ihrer ästhetischen Wirkung. Sie bedeuten für unsre Großstadtbevölkerung auch gesundheitlich einen Vorteil. Gerade die schmalen Gräben von zwanzig und mehr Meter Tiefe, die unsre Straßen bilden, sind wirksame Ursachen für eine Reihe von Erkrankungserscheinungen, die des Großstädters Vorzug sind: Blutarmut, Bleichsucht, Lungenschwäche, Tuberkulose, Asthma, Rheumatismus, sie alle können sich in engen Straßen am leichtesten einnisten, denen die ausgiebige Besonnung und Durchlüftung fehlt. Vor allen Dingen aber ist es unsre Jugend, der die Plätze und Anlagen zugute kommen, und zwar der jüngste Nachwuchs, der noch nicht hinausziehen kann vor die Grenzen der Stadt, um von unsern Wäldern den gesundheitlichen Nutzen zu ziehen. Die Mutter mit dem Kinderwagen und den jüngeren Kindern kann vielleicht am Sonntag nachmittag die große Wallfahrt durch die Waldung mitmachen — ob das den erhofften Nutzen bringt, ist mindestens sehr zweifelhaft. Aber die ganze Woche hindurch ist sie in der Zeit so beschränkt, daß sie nur kurze Stündchen ihren Kindern den Aufenthalt im Freien gönnen kann, zu dessen Beaufsichtigung vielleicht gar noch eines der älteren Geschwister benötigt wird. Da bieten die Anlagen mit ihrem Graswuchs, ihrem Baum- und Strauchbestand die nötige Erholung. Leicht ist es nachzuweisen, daß die Vorstellung, unsre Plätze seien die Lungen der Stadt, durchaus nicht in dem üblichen Sinne zutrifft, aber in keiner Weise wegzuleugnen ist es, daß sie für unsre Kinder in erster Linie, aber auch für viele Erwachsene, denen die Zeit zum Hinauswandern mangelt, Gesundbrunnen darstellen.

Freilich ist ihr Wert in diesem Sinne abhängig von ihrem Zustande. Wenn der Pflanzenwuchs nicht immer gut erhalten wird, dann verwandeln sich die Plätze und Anlagen während des Sommers in Staubwüsten, auf denen kein Kind spielen kann, ohne sich zu schaden. Also ist Pflege der Anlagen notwendig, und daran darf und wird es die Stadtverwaltung nicht fehlen lassen. Damit aber ist für die Erhaltung der Anlagen noch bei weitem nicht genug getan.

Sie sind wertvolles Eigentum der gesamten Bevölkerung, und jedem einzelnen muß daran gelegen sein, sie in bestem Zustande erhalten zu sehen. Aber leider fehlt vielen noch das Verständnis dafür, wie mit so kostbarem Gut umzugehen ist. Daß die Kinder dazu noch nicht einsichtig genug sind, ist zu verstehen. Sie tummeln sich auf den Rasenplätzen und in den Büschen. Das wäre auch nicht schlimm, wenn nicht der Trieb, von den Sträuchern und auch den andern Gewächsen wahllos Zweige und Blüten abzureißen, fast bei allen Kindern stark ausgeprägt wäre. Hier muß die Einsicht der Erwachsenen eingreifen. Es ist eine Frage der Kindererziehung, ob der [illegible] Zerstörungstrieb ungehindert sich weiter entfalten kann, oder ob die Belehrung des Kindes ihm Achtung vor den Erzeugnissen der Natur beizubringen vermag.

Zu dieser Erziehungsarbeit bedarf es aber auch noch der Erziehung der Eltern in erster Linie. Wenn unsre Großstadtbewohner Wert auf ihre Gesundheit legen wollen, dann müssen sie allen Ernstes den Schutz der Anlagen pflegen. Dann aber haben sie auch ein Recht darauf, sie für ihre Gesundheit erhalten zu sehen. Wenn unsre Stadtbevölkerung, unsre Arbeiterschaft ihre Anlagen und Plätze achtet, schont und schützt, dann ist sie auch wert, sie zu besitzen.

Der beleidigte Dr. Gronau

Den bekannten Dr. Gronau, den ehemaligen [illegible] der abhängige [illegible] in einem Artikel beleidigt haben [illegible] [illegible]

Dresden, den 11. Oktober 1920.

Herrn [illegible]

[illegible] 16.

[illegible] Versammlung in Sachsen unter Dr. Gronau.

Es erscheint nach den [illegible] Herr Dr. Gronau, als er die [illegible] des Geldes über [illegible] Gemeinden [illegible] hat. Dr. Gronau hat sich aber einer [illegible] [illegible]

Mit [illegible] Hochachtung [illegible]

Der Verantwortliche der Unabhängigen Volkszeitung hatte sich nun wegen Beleidigung nach §§ 185, 186 und 200 des Str.-G.-B. vor dem Schöffengericht zu verantworten. [illegible] Das Gericht erkannte auf 300 Mark Strafe und Publikation des Urteils in der Unabhängigen Volkszeitung. Die Beleidigung wurde in der [illegible] "verkrümelt" worden sei.

Opfer der Autoraserei

Ein schwerer Unglücksfall [illegible] am Morgen des 22. November 1920 [illegible] gegen 7 Uhr auf der [illegible] Ein [illegible] Auto [illegible] den [illegible] Arbeiter, der [illegible] Die Folge war, daß dem Arbeiter N. das linke Bein amputiert werden [illegible]. Er hat 12 Wochen im Krankenhaus gelegen und fühlt jetzt noch Schmerzen im Kopf und verschiedenen Körperteilen. Auf Grund dieses Unfalls wurde der Führer des zweiten Autos, der [illegible] Chauffeur Hermann Eduard Zeller, vom Schöffengericht [illegible] wegen fahrlässiger Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein. Nach erneuter Verhandlung vor der [illegible] Strafkammer wurde die Strafe auf vier Monate Gefängnis herabgesetzt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß es sich hier wohl um eine zufällige Verkettung unglücklicher Zufälle handle, aber die Hauptschuld trage doch der Angeklagte, er hatte kein Signal gegeben, fuhr zu schnell und hat sich nicht um den Verunglückten gekümmert.

Ein gewerbsmäßiger Dieb

In dem Spezialgeschäft für Lederwaren von [illegible] an der [illegible] Straße stahlen Einbrecher in den Nächten zum 2. und 24. April 1919 Lederwaren von 15 000 M. und 12 100 M. Wegen dieser Diebstähle sind schon mehrere Beteiligte verurteilt worden. Einer der Helfershelfer, der [illegible] Arbeiter Oskar Walter Max [illegible], konnte seinerzeit nicht mit abgeurteilt werden, weil er sich zur Zeit in Österreich aufhielt. [illegible] Der Angeklagte bestritt [illegible] Das Gericht hielt die Teilnahme des Angeklagten für erwiesen und erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus, sechs Jahre Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. Ein Monat der Strafe gilt als verbüßt.

Für die weltliche Schule! 18. Volksschule. Freitag abend 7½ Uhr Besprechung im Restaurant Berner, Böhnischplatz, 36. Elternstraße. — 50. Volksschule. Donnerstag abend 7 Uhr in Schöbels Hotel am Hauptbahnhof, Ecke Carola- und [illegible] Besprechung. — 3. Volksschule, Fröbelstraße. Donnerstag abend 7½ Uhr Versammlung in Riegels Restaurant, Kitzner Straße 12. — 6. Volksschule, Ehrlichstraße, und 51. Volksschule, Freiberger Platz. Freitag abend 7½ Uhr im Vereinszimmer, Annenhöhe, Zöllnerplatz 10, Besprechung. — 2. kath. Volksschule. Freitag abend 7 Uhr, Jordanstraße 7, Erdg., Elternversammlung. Wahl des Wahlvorstandes, [illegible] — 27. Volksschule, Moltkestraße, Elternabend. Donnerstag abend 7 Uhr in der Turnhalle. Vortrag des Herrn Lehrers Marx über den Aufbau der neuen Volksschule. — 32. Volksschule, Gustav-Freytag-Straße. Freitag abend 7 Uhr Besprechung im [illegible] Hof, [illegible] Straße, Aufstellung einer Kandidatenliste für den Elternrat. — 12. Volksschule. Elternversammlung am Donnerstag abend 7½ Uhr im Prüfungssaale oder der Turnhalle der Volksschule. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige.

Alle Eltern, die für die weltliche Schule eintreten und deren Kinder diese Schulen besuchen, werden gebeten, recht zahlreich bei all diesen Veranstaltungen zu erscheinen. Ueberall wird zu den bevorstehenden Elternratswahlen Stellung genommen werden.

Sozialdemokratie, Ultimatum und Regierungsbildung

Ueber dieses zur Zeit hochwichtige Thema sprechen an nachstehend angeführten Tagen und Orten die Genossen

Reichstagsabg. **Hermann Krätzig**

und **Hermann Kahmann**, Berlin

Dresden-Löbtau: Dienstag den 24. Mai, abends 7½ Uhr, im **Drei Kaiser-Hof.**

Dresden-Wölfnitz: Donnerstag den 26. Mai, abends 7½ Uhr, im **Gasthof Wölfnitz.**

Genossen und Genossinnen! Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint alle in Massen zu diesen hochwichtigen Versammlungen.

Drei Pfund Einmachezucker stellt die Stadt [illegible] für jeden Kopf der Bevölkerung in diesem Jahre zur Verfügung [illegible]

Ein Gaunerstreich. [illegible] Dresdner Polizeipräsidium [illegible] Hamburg [illegible] worden; [illegible] 80 000 M. für erhaltene Pelzwaren und Garderobe. Dies [illegible] das Garnisonlazarett [illegible] [illegible] wie sich der [illegible] die großen Beträge hingekommen sind.

Das Polizeipräsidium teilt dazu mit, daß [illegible] Klärung der Angelegenheit nicht erfahren konnte, da der Kranke zur Zeit nicht vernehmungsfähig ist. Die Erhebungen in dieser Sache werden fortgesetzt.

Oeffnung des Rhododendronparkes an der [illegible] Straße. Nachdem der Rat das ehemals [illegible] zwischen Augsburger, Eisenacher, [illegible] Straße [illegible] worden hat, hat die Stadtgartenverwaltung mit den Arbeiten zur Herstellung von Wegen und Spielplätzen [illegible] der Oeffentlichkeit zugängig zu machen. [illegible] Zeit in Anspruch nehmen, die Rhododendronblüte aber besonders schön entwickelt ist, soll der Park von jetzt an während der Dauer der Rhododendronblüte [illegible] geöffnet werden. Die Wege sind noch nicht [illegible] Aufstellung von Bänken noch nicht möglich gewesen. [illegible] Juni sollen diese Arbeiten fertiggestellt werden. Der Park wird geöffnet sein von früh 8 Uhr bis abends 7 Uhr und kann durch die beiden Zugänge an der Voglandstraße und Eisenacher Straße, Ecke Ermelstraße, betreten werden.

Krankenversicherung. Seitens der Arbeitgeber wird vielfach darüber geklagt, daß für die Abmeldungen ihrer aus der Beschäftigung ausgetretenen Arbeiter und Angestellten nicht binnen drei Tagen, wie es die Reichsversicherungsordnung vorschreibt, eingereicht werden in Bezug auf Ein- und Austrittstag und Lohnhöhe unrichtige Angaben gemacht. Die Unterlassung der Abmeldung binnen drei Tagen hat für die Arbeitgeber die unangenehme Folge, daß die Beiträge bis zum Eingang der Abmeldung an die Krankenkasse fortgezahlt werden müssen [illegible] der Reichsversicherungsordnung. Diese Fälle führen oft zu verdrießlichen Differenzen und erfordern dann eine Unmenge Schreibarbeit. Im Interesse einer geordneten Geschäftsführung der Krankenkasse und zur Ersparung unnötiger Ausgaben an Strafbeiträgen muß es das Bestreben der Arbeitgeber sein, [illegible] Meldevorschriften, auch hinsichtlich der Lohnveränderungen, [illegible] zu tragen.

Säuglings- und Krankenpflegkurse. In Verbindung mit dem Hygienemuseum wird Herr Dr. Reich am 1. Juni eine Kursreihe über Säuglings- und Krankenpflege beginnen, [illegible] Schwangerschaft und Wochenbett. Dauer fünf Wochen, [illegible] wochs und Freitags bzw. Montags und Donnerstags [illegible] Uhr abends. Die Kurse finden [illegible] statt. Anmeldungen daselbst schriftlich oder mündlich bei Dr. Reich bis spätestens 28. Mai.

Billige Anzüge. Es ist noch nicht hinreichend bekannt, daß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt noch eine Anzahl [illegible] Herrenanzüge, zum Teil auch in Burschengröße, zur Verfügung steht, die zu dem bedeutend herabgesetzten Preis von 120 M. an jedermann ohne Schein abgegeben werden. [illegible] und frei von jeder Papierbeimischung, haltbar und in guten Farben. Die Verarbeitung ist gut. Die Anzüge würden zu den obengenannten Preis nicht mehr herzustellen sein. — Der Verkauf erfolgt durch Herrn Ernst Eicher, Dresden-N., [illegible] straße 5, I., und zwar an allen Wochentagen bis 7 Uhr abends.

Schulmuseum des Sächsischen Lehrervereins, [illegible] Sedanstraße 19, [illegible] Da die Teilnahme des [illegible] an der Ausstellung „Zeichnen und Schrift in alter und neuer Zeit“ noch überaus rege ist, soll diese Sonderausstellung noch einige Wochen erhalten bleiben. Mittwoch und Sonnabend um 4 [illegible] und Führung gen. [illegible], die Ausstellung zu erläutern. Auch [illegible] Vorträge in den einzelnen Abteilungen sind [illegible] nach Näheres bekanntgegeben wird.

Volkshochschule. Der auf Mittwoch den 25. Mai angekündigte Vortrag von Professor Alfred Kühler fällt wegen Erkrankung aus; nächster Abend erst Freitag den 3. Juni. — Der die Schriftleserschaft über Oswald Spengler abschließende Vortrag Dr. [illegible] findet Donnerstag den 26. Mai statt. — Ab Dienstag den 31. Mai abends 7 Uhr, setzt Herr Lehrer Max Kühler den Kursus für die Harmonie-Lautenabteilung im [illegible] in sechs Doppelstunden in der Studienanstalt, Weintraubenstraße 8, fort. Es bedarf noch einiger Voranmeldungen ist möglich. Teilnehmerkarten hierzu in der Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Zimmer 44, von Dienstag und Donnerstag von 5 bis 7 Uhr in der Leihbibliothek Waisenhausstraße 9, I. — Die Teilnehmer an den Kirchenführungen des Fräuleins Adelheid R. Gühne besichtigen Sonnabend den 28. Mai, nachmittags 4 Uhr, die Kirche St. [illegible] Friedrichstraße 54, und daran anschließend den Friedhof. — Zur Einführung in die Geologie veranstaltet Johannes Bertsch [illegible] Sonntag im Monat Schulungswanderungen. Die erste findet Sonntag den 29. Mai statt und geht [illegible]. Treffpunkt früh [illegible] Uhr Ecke [illegible] Straße (Straßenbahn Linie 16). — Die Teilnehmer an der [illegible] des Herrn Dr. [illegible] über Architektur Dresdens besichtigen Sonntag den 29. Mai, nachmittags [illegible] Uhr, das Palaismuseum im Großen Garten. Zu dieser Führung sowie zu den weiteren drei Sonntagsführungen und drei Tagesführungen werden Einzelkarten auch für Nichtteilnehmer an den Vorträgen zum Preise von 1 M. für Mitglieder in der Geschäftsstelle, Neues Rathaus, Zimmer 44, ausgegeben.

Heimatschutz-Vorträge. Heute, Mittwoch abend Punkt 7½ Uhr spricht im festlich geschmückten Saal [illegible] Professor Franz [illegible], Direktor der [illegible], Berlin, unter Vorführung einer großen Zahl bunter Lichtbilder über „Im Mingarne zur Nord- und Ostseeküste“. Das vorzusehende Thema „Rodende Steine“ kann erst an anderm Tage behandelt werden, weil die Lichtbilder nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnten.

Vortrag. Im Anschluß an die Ausstellung „Alte und neue Schriftkunst“ in der [illegible] hält Herr Hugo Erfurth am 25. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Saale der Akademie für Kunstgewerbe einen Vortrag mit Lichtbildern über das gleiche Thema. Der Zutritt ist unentgeltlich.

Der Deutsche Esperanto-Bund, Zweigverein Dresden, hält am 26. Mai im alten Stadtverordnetensaale eine Versammlung ab, in der über den so erfolgreich verlaufenen 13. Deutschen Esperanto-Kongreß berichtet wird. Außerdem wird ein Esperantovortrag über Fascismus gehalten werden. Gäste willkommen!

Gestohlen wurde am 21. Mai gegen 7 Uhr abends von der Handgepäckannahme II des hiesigen Hauptbahnhofs ein braunlederner Handkoffer aus Kunstleder mit einem Deckel, enthaltend [illegible] Damenkleider und Schuhe. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen über den Verbleib des Koffers und Inhalt.

Vermischte Nachrichten. Rascher Tod. Eine [illegible] [illegible] ist am Sonnabend plötzlich in einem [illegible] an der [illegible] Straße verstorben. — Ertrunken eines Ertrunkenen. Am Sonntag wurde unterhalb der Friedrich-August-Brücke ein etwa 18 bis 25 Jahre alter unbekannter Mann, der den Tod beim Baden in der Elbe erlitten hatte, [illegible] — Rettungstat. Der städtische Beamte [illegible] am Sonntag abend in der Nähe der Neberfähre [illegible] einen Mann mit den Fluten der Elbe kämpfen. Nach entschlossen sprang er dem Ertrinkenden nach und brachte [illegible] Lebensgefahr ans Land. [illegible] — Infolge Aufregung [illegible] am Sonntag nachmittag die Bewohner des [illegible] durch einen Revolverschuß, den ein [illegible] auf sich abgefeuert hatte. In ihm wurde ein [illegible] Arbeiter festgestellt. Er wurde sofort [illegible] Krankenhaus Friedrichstadt übergeführt. — Der Feuerwehr wurde am 21. Mai zu Hilfeleistungen gerufen: [illegible] nach Radebeuler Straße 33 und 35, [illegible] Tolkewitzer Straße 10. [illegible] durch Einatmen von Leuchtgas [illegible] Sauerstoffapparat [illegible] ersten Fall erfolglos. Der Tod war bereits eingetreten. [illegible] zweiten Falle traf die Feuerwehr nicht [illegible] mühsam bereits zurückgekehrt war.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210524/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus dem Parteileben

Parteinachrichten 4. Unterbezirk

Kreisvorstandssitzung heute 7 Uhr im Jugendheim. Vertreter der 6 Stadtbezirke eine Stunde früher. — Bezirk ...baul. Frauengruppe. Heute 7½ Uhr in der Scharfen Ecke Frauenabend. Genossin Junanitsch spricht über: Geschichte und Wesen der Prostitution. — Bezirk Kötzschenbroda. Morgen ... 7½ Uhr, im Heitern Blick Frauenversammlung. ... Dr. Siegmann spricht über: Das keimende Leben. — Gruppe Naundorf. Heute 8 Uhr in der Schule Frauenabend. Vortrag des Genossen Lehrer Sietefeld über Kirche und Sozialdemokratie.

Parteigenossen und -genossinnen! Nichts darf euch vom Besuch der Parteiveranstaltungen abhalten. Die zu behandelnden Fragen sind gerade in der Jetztzeit von großer Wichtigkeit und von so tiefeinschneidender Bedeutung, daß notwendig eine ...zeit für Aufklärung und Belehrung geopfert werden muß. ... in die Versammlungen!

6. Kreis. Gruppe Cotta. Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Restaurant Turmhaus, Steinbacher Straße, Mitgliederversammlung. Zahlreicher Besuch ist dringend nötig.

Gruppe Friedrichstadt. Elternversammlung. Die für ... abend angesagte Elternversammlung in der Turnhalle der Volksschule, Wachsbleichstraße, findet wichtiger Umstände wegen ... vor dem 7. Juni statt. Der Tag wird wieder an dieser Stelle bekanntgegeben.

Gruppe Naußlitz-Wölfnitz. Die Parteigenossen werden ersucht, zu einer wichtigen Parteiarbeit Mittwoch, nachmittags 5½ Uhr, im Parteilokal, Kesselsdorfer Straße 92, einzufinden.

Bezirk Briesnitz-Leutewitz. Verwaltungssitzung Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Gasthof zur Leutewitzer Höhe.

Bezirk Dobritz, Prohlis, Leuben. Nächsten Freitag, abends ... Uhr, im Gasthof zu Dobritz Mitgliederversammlung. Genosse Dr. Sachs spricht über: Streifzüge durch die Volkswirtschaft. Mitglieder haben die Pflicht, sich vollzählig einzufinden. Gäste haben Zutritt.

Kinderschutzkommission Striesen, Blasewitz, Gruna. Mittwoch Wanderung in die Heide. Treffen: 2½ Uhr Schillerplatz.

Parteiversammlung

Bezirk Potschappel, Birkigt, Dölzschen. Genosse Hoffmann gab nach dem Referat des Genossen Kuhn in der Generalversammlung des 6. Kreises einen Bericht über die politische Lage in Sachsen und im Reich. In der Debatte sprachen sich die Genossen Schnabl, Sauer, Fehrmann und Stelzig aus, daß der Mehrheitswille des Volkes regieren müsse. Nur eine Regierung, die auf den breitesten Grundlagen des Volkswillens gebildet ist, könne tragfähig sein. Die Sozialdemokratie müsse als stärkste Partei regieren, damit die sozialen Errungenschaften nicht preisgegeben würden. Mit der Regierungsbildung im Reich war man im allgemeinen einverstanden. Sodann gab Genosse ...lme die Abrechnung von der Maifeier. Die Einnahmen ergaben 475 M., die Ausgaben 388 M. Wegen des herausfordernden Verhaltens des Christlichen Vereins im Orte hat der Elternrat für Mittwoch eine Versammlung nach dem Goldnen Löwen einberufen. Die Eltern werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Zu dem am 6., 7. und 8. August stattfindenden Kreisturnfest werden für die auswärtigen Genossen Nachtquartiere benötigt. Die Genossen werden ersucht, das weitestgehende Entgegenkommen zu zeigen.

Konferenz des Taubstummenparteibundes

Am 1. und 2. Pfingstfeiertag wurde in Dresden eine Taubstummentagung abgehalten. Es gibt in Deutschland zirka 80 000 Taubstumme. Der Parteibund hat in zäher und unermüdlicher Arbeit schon manchen schönen Erfolg erreicht, was durch die Berichte der Delegierten dokumentiert wurde. Aus dem Jahresbericht ist die Forderung des Zentralvorstandes hervorzuheben, daß alle Mitglieder nur der U.S.P. angehören sollen, da die S.P.D. die Taubstummen vollständig im Stiche lasse. In der Diskussion über diese Forderung zeigte es sich, daß die Berliner Zentrale allein steht. Die andern Bezirke berichten, daß sie von ihren Ortsverwaltungen der S.P.D. genügendes Entgegenkommen finden. Die Taubstummen konnten sich den Luxus einer Spaltung nicht leisten, die Einigkeit sei Hauptbedingung für das Aufblühen des Bundes. Schließlich wurde eine Form gefunden und die Spaltung vermieden. Der Kassenbericht weist eine Einnahme von fast 30 000 Mark auf. Der Parteibund verfügt über eine eigene Zeitung. Die Beitragsfrage wurde neu geregelt. Die Taubstummen zahlen dieselben Beiträge wie die übrigen Parteimitglieder. Aber die Beiträge sollen bei Ortsverwaltungen mit dem Taubstummenbezirk verrechnet werden, um so einen Zusammenhang mit den Ortsverwaltungen zu haben. Der Generalvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Nur Vorsitzender und Redakteur tauschten ihre Ämter. Der Verlauf zeigte in erfreulicher Weise, daß intelligente Taubstumme am Werke sind, die Massen der Taubstummen zu ziel- und klassenbewußten Mitkämpfern für die Freiheit des Proletariats zu erziehen. Wir wünschen ihnen den besten Erfolg.

Sozialismus und Wirtschaftsführer

Genosse Max Sachs schreibt in der Glocke:

Hugo Stinnes hat einmal gesagt, daß in der Wirtschaft der Impuls stets von einigen wenigen Personen ausgehe. In diesen Worten liegt zweifellos ein richtiger Kern. Die Pläne für neue wirtschaftliche Gestaltungen entstehen in den Köpfen Einzelner, die an führenden Stellen im Wirtschaftsleben stehen. Wenn auf Unternehmertagungen redegewandte Generalsekretäre und Syndizi gegen den Sozialismus zu Felde ziehen, so suchen sie häufig die Schädlichkeit und Undurchführbarkeit der sozialistischen Ideen dadurch zu beweisen, daß sie die Bedeutung der Unternehmer in unserer heutigen Wirtschaft hervorheben. Als ob jemals die Sozialdemokratie die Notwendigkeit des Unternehmers in der kapitalistischen Gesellschaft geleugnet hätte. Die Reden dieser Herren sind höchstens ein Beweis dafür, daß sie vom Sozialismus keinen blauen Dunst haben.

Bei alledem ist richtig, daß manche Teile der Arbeiterschaft für die Bedeutung der Unternehmertätigkeit keinen rechten Sinn bekunden, und das ist erklärlich. Der Mann, der die Unternehmerfunktionen ausübt, sei es als selbständiger Unternehmer, sei es als leitender Angestellter, tritt dem Arbeiter bei Lohnkämpfen als Vertreter des feindlichen Kapitals gegenüber; im Tageskampf wurde ein scharfer Unterschied zwischen dem Unternehmer als Wirtschaftsführer und als bloßem Träger von Kapitalinteressen nicht gemacht. Dazu kommt, daß die Arbeiter in der Regel keine Gelegenheit haben, die Tätigkeit unsrer Wirtschaftsleiter näher kennen zu lernen.

Die Eigenschaften, die ein Mann in führender Unternehmerstellung in der kapitalistischen Gesellschaft zu betätigen hat, sind ähnlich denen, die für einen tüchtigen Staatsmann, Gelehrten oder Techniker erforderlich sind. Er muß vor allen Dingen die Fähigkeit haben, neue Bahnen zu gehen. Ein wirklich tüchtiger Wirtschaftsführer muß über Erfindungsgabe, Organisationstalent und über einen scharfen Verstand verfügen. Bei den Diskussionen über die Frage, welche Betriebe oder Wirtschaftszweige für den Sozialismus reif seien, begegnet man zuweilen der Auffassung, daß nur dort sozialisiert werden könne, wo die Geschäftsführung sich mit einer gewissen Gleichmäßigkeit vollzieht, wo bei den leitenden Persönlichkeiten die Eigenschaften, die sonst von einem Unternehmer verlangt werden müssen, entbehrt werden können. Aber man muß sich darüber klar werden, daß man mit einer derartigen Beschränkung des Kreises der sozialisierungsfähigen Betriebe dem Sozialismus überhaupt das Todesurteil spricht. Ist dann, wenn die Sozialisierung vollzogen ist, für die Betätigung solcher Eigenschaften, wie sie heute der gute Unternehmer haben soll, kein Raum mehr, so würde das bedeuten, daß eine völlig sozialistische Wirtschaft erstarren müßte, daß dort wirtschaftliche Fortschritte kaum möglich wären.

Richtig bleibt freilich, daß sich heute in vielen Staats- und Gemeindebetrieben für die Betätigung von Unternehmerpersönlichkeiten kaum eine Möglichkeit bietet. Aber es wurde von sozialistischer Seite mit Recht immer darauf hingewiesen, daß man sozialisierte Betriebe nicht nach dem Muster der bureaukratischen Staats- oder Gemeindebetriebe einzurichten braucht. Es ist geradezu eine Frage von Sein und Nichtsein für den Sozialismus, ob wir es lernen, die Bureaukratisierung der Wirtschaft zu verhindern, wenn die Produktionsmittel von der Allgemeinheit übernommen werden.

Das treibende Motiv, das den Unternehmer von heute bei seiner Arbeit leitet, ist vor allem das Bestreben, möglichst viel Geld zu verdienen. Daneben mögen noch eine Reihe andrer Beweggründe eine Rolle spielen: Freude an der Tätigkeit, Ehrgeiz, Machtstreben und hier und da wohl auch die Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit, denen der Unternehmer zu dienen glaubt. In der Hauptsache sind es aber heute eigennützige Beweggründe, die den Wirtschaftsführer veranlassen, seine Kräfte anzuspannen, um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Wir erwarten, daß in einer sozialistischen Gesellschaft, in der die schroffen Gegensätze wegfallen, die der Kampf aller gegen alle in der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt, der Gemeinsinn eine viel größere Rolle spielen wird als heute. In welchem Maße das aber der Fall sein wird, kann niemand sagen. Vor allem kann man nicht wissen, ob die gemeinnützigen Motive stark genug sein werden, um als Antrieb für den wirtschaftlichen Menschen an die Stelle des Eigennutzes zu treten, von dem sich der Mensch von heute in der Wirtschaft leiten läßt. Jedenfalls wären die Aussichten für die Verwirklichung unsrer sozialistischen Ideen sehr unsicher, wenn wirklich die Vorbedingung für den Sozialismus ein derartiges Erstarken des Gemeinsinnes wäre, daß die heute vorwaltenden eigennützigen Motive entbehrt werden können.

Es ist aber auch nicht einzusehen, warum man in einer sozialistischen Gesellschaft darauf verzichten sollte, das Interesse des einzelnen an einer möglichst reichlichen Versorgung mit wirtschaftlichen Gütern zu benutzen, um ihn zu guten und genügend großen wirtschaftlichen Leistungen anzuspornen. Der Sozialismus erstrebt eine Wirtschaftsordnung, in der das Wirtschaftsleben planmäßig organisiert ist, und das Privateigentum an Produktionsmitteln und jedes arbeitslose Einkommen für Arbeitsfähige weggefallen ist, aber es wäre auch in einer sozialistischen Gesellschaft durchaus möglich, das Einkommen der einzelnen Glieder nach dem Umfang und dem Wert ihrer Leistungen für die Allgemeinheit abzustufen.

Was aber für eine sozialistische Gesellschaft gilt, das gilt natürlich erst recht für einzelne sozialisierte Betriebe in der kapitalistischen Gesellschaft oder in der Zeit des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Hier kann erst recht nicht erwartet werden, daß eine genügende Anzahl von Führerpersönlichkeiten zu finden ist, die aus Idealismus für geringe Bezahlung das gleiche leisten, wie Leute in ähnlichen Stellungen in privatkapitalistischen Betrieben. Die Kapitalisten bezahlen die Männer, die sie an führende Posten stellen, sicher nicht wegen ihrer schönen Augen so glänzend wie das üblich ist, sondern weil in einer großen Unternehmung von der Tüchtigkeit der leitenden Person sehr viel abhängt, und die Zahl derjenigen, bei denen man mit einiger Sicherheit die nötigen Fähigkeiten zur Leitung eines großen Betriebes voraussetzen kann, nur gering ist. Dazu kommt, daß es bei unsern modernen Großunternehmungen kaum darauf ankommt, ob für Direktorengehälter 100 000 M. mehr oder weniger ausgegeben werden, während ein untüchtiger Mann in leitender Stellung sein Unternehmen leicht um Millionen schädigen kann.

Wollen wir, daß sozialisierte Betriebe den privatkapitalistischen Betrieben ebenbürtig werden, so müssen wir auch ähnliche Mittel wie das Privatkapital anwenden, um geeignete Persönlichkeiten für die Leitung dieser Betriebe zu bekommen. Man muß den Kapitalismus mit seinen eigenen Waffen schlagen. Die leitenden Männer in Staats- und Gemeindebetrieben bekommen heute zuweilen Gehälter, die weit unter dem stehen, was in Privatbetrieben für Leute in gleicher Stellung gezahlt wird. Die Gehälter der Vorstandsmitglieder unsrer Konsumvereine sind oft selbst bei sehr großen Vereinen sehr gering. Daß die von Beamten verwalteten Staats- und Gemeindebetriebe sehr oft Privatbetrieben gegenüber rückständig sind, ist nur allzu gut bekannt, und das hat sicher auch darin seinen Grund, daß infolge der verhältnismäßig geringen Gehälter nicht eine so scharfe Auswahl der leitenden Persönlichkeiten stattfinden kann wie bei privaten Betrieben. Allzu oft kommt es ja vor, daß gerade die tüchtigsten Beamten dem Staat von der Privatindustrie weggengagiert werden. Auch unsre Konsumvereine leisten vielfach nicht das, was sie bei der Größe ihrer Mittel und der Zahl ihrer Mitglieder leisten könnten. Was sicher zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß hervorragende Kräfte für die Leitung dieser Organisationen bei den niedrigen Gehältern, die heute gezahlt werden, nicht in genügender Zahl gewonnen werden können.

In neuerer Zeit hat man immer mehr eingesehen, wie sehr es für sozialisierte Betriebe darauf ankommt, daß man den leitenden Persönlichkeiten eine ähnliche Stellung einräumt wie in Privatbetrieben. Es braucht hier nur an die Deutschen Werke A.-G. erinnert zu werden, die von vornherein als eine A.-G. aufgezogen sind und sich von einer privaten Aktiengesellschaft nur dadurch unterscheiden, daß ihre Aktien im Besitze des Reiches bleiben. Und bei den Vorschlägen zur Sozialisierung des Kohlenbergbaues ist gefordert worden, daß die leitenden Persönlichkeiten auch mit ihrem Einkommen an dem Erfolg ihrer Tätigkeit interessiert sein sollen. Von den Feinden des Sozialismus wird es heute immer noch so dargestellt, als ob Sozialisierung mit Bureaukratisierung identisch sei. Jeder Mißerfolg eines Staats- oder Gemeindebetriebes wird der Welt als ein Beweis für das Versagen des Sozialismus angepriesen. Um so mehr müssen wir Sozialisten darauf dringen, daß in sozialistischen Betrieben die bisherigen Fehler des Staats- und Gemeindebetriebes vermieden werden.

In der Aktiengesellschaft und der G. m. b. H. sind Unternehmungsformen gegeben, die ohne weiteres auch für Betriebe angewendet werden können, die im Besitz der Allgemeinheit sind. Es ist nicht einzusehen, warum eine Aktiengesellschaft schlechter arbeiten soll, weil die Aktien nicht Privaten, sondern dem Staat oder andern öffentlichen Körperschaften gehören. Dabei ist es freilich notwendig, daß man den leitenden Persönlichkeiten dasselbe Maß von Freiheit gibt wie den Leitern privater Betriebe, daß mindestens ebenso hohe Einkommen und daß möglichst außer den festen Gehältern ein Anteil am Reingewinn oder eine Umsatzprovision gewährt werden.

Die gleichen Grundsätze müßten bei unsern genossenschaftlichen Unternehmungen zur Geltung gebracht werden. Allerdings leisten die Arbeiter häufig lebhaften Widerstand, wenn Personen, über deren Einkommen sie selbst mitzubestimmen haben, ein wesentlich höheres Einkommen erhalten sollen als sie selbst. Deshalb ist es dringend notwendig, daß die Arbeiterschaft mehr als bisher darüber aufgeklärt wird, welche Bedeutung die Tüchtigkeit der führenden Persönlichkeiten für den Erfolg eines wirtschaftlichen Unternehmens hat, daß durch die Ersparnis von ein paar tausend Mark beim Gehalt eines Geschäftsführers Hunderttausende an Umsatz und Gewinn verloren gehen können. Für den Fortschritt des Sozialismus wird es von größter Bedeutung sein, ob es gelingt, für die Leitung sozialisierter Betriebe hervorragende Führerpersönlichkeiten zu gewinnen. Und da die Idealisten in dieser Welt nun einmal sehr dünn gesät sind, so ist unbedingt notwendig, daß man durch reichliche Bezahlung für die sozialisierten Betrieb die Kräfte zu bekommen sucht, die man braucht, um vorwärts zu kommen.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Heute Dienstag den 24. Mai, 7 Uhr, Volkshaus

Zentraler Jugendchor.

Rabenau. Am Mittwoch den 25. Mai rezitiert die Märchenschriftstellerin Fanny Specht in der Arbeiterjugendgruppe Rabenau eigene Märchen. Parteigenossen und -Freunde sind herzlichst eingeladen.

Neue Bücher

Schwarze Schmach und schwarz weiß rote Schande. Von L. Jannasch. Verlag Neues Vaterland, Berlin. — Das Schriftchen heißt der „schwarzen" Schmach, die es als von der „nationalen" Presse durchaus aufgebauschte bezeichnet und aus der von der nämlichen Presse bestärkten Angst der Franzosen vor der deutschen Revanche erklärt, das Verhalten der deutschen Landwirtschaft entgegen mit ihrer schamvollen und schamlosen Aushungerung des Volkes, desgleichen das Verhalten der ... deutschen Schwerindustrie in und nach dem Kriege, das geradezu Landesverrat darstellt, sowie das sonstige Vorgehen der monarchisch gesinnten Gewaltmenschen und ihrer entarteten Jugend. Es ruft alle ehrlichen Menschen zum Kampfe gegen dieselben auf. Freilich: etwas, was nicht schon durch die Zeitungen gegangen, enthält die Schrift nicht. Und darum muß der Preis von 4.40 M. für die nicht viel mehr als 21 Seiten als ein übertrieben hoher bezeichnet werden; in Verbindung mit dem Titel sieht das Ganze auch wie eine Geldspekulation aus. Derartige Schriften können nur wirken, wenn sie für billiges Geld ins Volk geworfen werden. ba.

Valutameter. Selbstverlag Edgar Klemm, Dortmund. 3 Mark, in Bureauformat 10 Mark. — Für alle, die sich mit Valutafragen zu befassen haben oder sich doch für sie interessieren, ist das kleine Blatt eine beachtenswerte Hilfe. Es gibt Skalen für elf Länder, bei denen links die Kurse der ausländischen Valuta eingetragen sind, während man rechts ablesen kann, welchen Wert die Mark bei diesen Kursen hat. Sodann wird an weiteren sechs Skalen gezeigt, wieviel ausländisches Geld man bei einem gewissen Kursstande für eine deutsche Mark erhält. Wie gesagt, ganz praktisch.

Finnmark

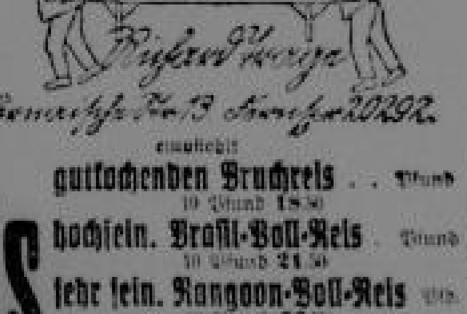
Diejenigen Sportleute, die am ersten Pfingstfeiertag auf dem Dresdner Rennplatz das dritte Rennen (Preis von Struppen) aufmerksam verfolgt und glauben wahrgenommen zu haben, daß es sich bei diesem Rennen um betrügerische Manipulationen gehandelt hat, wollen ihre Wahrnehmungen und Adresse gütigst einsenden oder persönlich vorsprechen bei

Walter Krugler

Dresden-N., Königsbrücker Straße 4., 3.

Telephon 18512. — Sprechzeit von 12 bis 3 Uhr.

NB. Alle Unkosten, auch eventuelle spätere Reisen werden vergütet.



empfiehlt

Reis

gutkochenden Bruchreis . . Pfund **1.95**
10 Pfund 18.50

hochfein. Brasil-Voll-Reis Pfund **2.25**
10 Pfund 21.50

sehr fein. Rangoon-Voll-Reis Pfd. **2.45**
10 Pfund 23.50

echt glas. kalif. Reis . . . Pfund **3.50**
10 Pfund 33.50

Mißernte und dadurch erneute Hungersnot in Indien dürften sehr bald auch bei uns, wenn nicht Knappheit, so doch bedeutend höhere Preise zur Folge haben; denn aus Indien liegen derzeitig keine Reisofferten mehr vor. Meine obigen Preise sind zum größten Teil unter heutigem Einkaufspreis.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210524/7
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsischer Gautag der Bäcker und Konditoren

Die Gaue Leipzig, Dresden und Chemnitz des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, [illegible] ... hielten am Sonntag in Meißen eine Landeskonferenz ab. [illegible]

[illegible]

Darauf sprach Bezirksleiter Friedrich, Dresden, über Lohnbewegungen und Tarifverträge. [illegible] ... Sachsen marschiere hinsichtlich der Lebensmittelpreise in Deutschland voran, und in vielen kleinen Gemeinden des Erzgebirges sei jetzt die Lebenshaltung teurer als in den Großstädten. [illegible] ... Der Redner begründete sodann die Forderung auf Zusammenlegung der zahlreichen unrentablen Kleinbetriebe zu leistungsfähigen Großbetrieben, die ihre Arbeiter besser entlohnen und die Produkte wesentlich verbilligen können.

[illegible] ... Die Konferenz fordert die in Betracht kommenden Landesregierungsstellen auf, die unteren Verwaltungsbehörden [illegible] ... Es ist ein offenes Geheimnis, daß die [illegible] ... den guten Willen haben, den gesetzlichen Bestimmungen Geltung zu verschaffen [illegible] ... Die gesamte organisierte Arbeiterschaft wird aufgefordert, durch die örtlichen Gewerkschaftskartelle der Willkür [illegible] entgegenzutreten.

Darauf referierte Rocher, Glauchau, über die Arbeitsordnungen, die gegenwärtig in den in Betracht kommenden Betrieben Geltung haben. Er streifte dabei die Rechte der Arbeiterschaft auf Grund des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Schließlich sprach noch Bezirksleiter Wilke, Chemnitz, über das Lehrlingswesen in den Betrieben. [illegible] ... Der Redner schlug vor, in den einzelnen Orten besondere Lehrlingsabteilungen einzurichten und sich dadurch einen Einfluß auf die jungen Leute zu verschaffen. Dem stimmte Bezirksleiter Friedrich zu, der bemerkte, daß durch die gegenwärtige planlose Lehrlingszüchterei das ganze Gewerbe zugrunde gerichtet wird.

Damit hatte die Tagung ihr Ende erreicht. [illegible] ... wurde die Konferenz geschlossen.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftliche Führerschulen

1. Eine Gewerkschaftsuniversität in Münster

Kürzlich ging der zweite Gewerkschaftskursus im staatswissenschaftlichen Institut der Universität Münster zu Ende. [illegible]

[illegible]

Am 23. April fand in dem großen Hörsaal des [illegible] Instituts die Schlußfeier statt. [illegible] ... in Münster zur Ausführung kommen soll.

[illegible]

Neutrale Beamtenverbände und Deutscher Verkehrsbund

Von der Abteilung Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonal des Deutschen Verkehrsbundes wird uns geschrieben:

[illegible] ... Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten und die neugegründete Reichspostgewerkschaft [illegible]

[illegible] ... Diese Behauptung erklären wir für eine vollständig willkürlich aufgestellte Verleumdung. [illegible] ... Wir erklären die Verfertiger und Verbreiter dieser Nachricht öffentlich für Verleumder.

Wenn wir auch wissen, daß dieser Hinweis keine Aenderung in der Agitationsmethode dieser neutralen Verbände bringen wird, so haben wir die Hoffnung, daß dadurch gerade das Gegenteil des Gewünschten erreicht wird. Ein Beweis dafür ist der Zustrom aus den Beamtenorganisationen zum Deutschen Verkehrsbund.

Reichsvertretersitzung des Afa-Bundes

Kürzlich wurde in Berlin eine Reichsvertretersitzung des Afa-Bundes unter Teilnahme aller angeschlossenen Verbände abgehalten. [illegible] ... Ferner wurde beschlossen, den ersten Gewerkschaftskongreß des Afa-Bundes am 11. und 12. September d. J. in Düsseldorf abzuhalten und folgende Tagesordnung festzulegen: 1. Reorganisation des Afa-Bundes. 2. Betriebsräte [illegible] ... 4. Verschiedenes. [illegible]

Streik im niederschlesischen Kohlengebiet

Breslau, 24. Mai. Im niederschlesischen Kohlenrevier ist [illegible] ... Ruhe und Ordnung konnten bislang in dem niederschlesischen Kohlenrevier aufrechterhalten werden.

In der Notiz „Ein angenehmer Arbeitgeber" in Nummer 112 der Dresdner Volkszeitung [illegible] ... die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Der Prager Metallarbeiterstreik. [illegible]

Sport • Spiel • Körperpflege

[illegible]

Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Resultate der Turnspiele der Gruppe Groß-Dresden. [illegible]

[illegible]

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. [illegible] ... Es konnten Dresden 7.48, Weinböhla 7.07, [illegible] ... Ein äußerst interessantes Spiel wurde hier geboten. [illegible]

[illegible]

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. [illegible]

Verein für volkstümlichen Wassersport [illegible]

Touristenverein Die Naturfreunde. [illegible]

Der Arbeiterschachverein [illegible]

Arbeiter-Samariter-Kolonne [illegible]

Arbeiter-Esperantisten. [illegible]

Unverlangte Einsendungen, denen kein Rückporto beiliegt, werden nicht zurückgesandt.

Verantw. für den redakt. Teil [illegible] ... für den Inseratenteil [illegible] ... Druck und Verlag: [illegible]

Im Interesse der vielen Bewerber wird nochmals ganz besonders auf das Inserat [illegible] in heutiger Nummer hingewiesen.